:antifaschistische nachrichten Nr. 8
g 3336 21.4.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Am 9. April wollten im vierten Jahr in Folge Neonazis einen sog. Trauermarsch durch Stolberg bei Aachen durchführen, um dort ihrem Hass auf MigrantInnen und Linke freien Lauf zu lassen. In den letzten Jahren waren die Gegenaktivitäten dabei nicht sonderlich erfolgreich. Das sollte sich 2011 ändern.

In diesem Jahr hatte sich zum ersten Mal ein breites Bündnis unter dem Motto „Naziaufmärsche gemeinsam blockieren“ formiert, dem Antifa-Gruppen, Gewerkschaftsgliederungen und Parteien von SPD bis DKP angehörten, um den rechten Fackelmarsch am Freitagabend und die Neonazi-Demo am Samstag durch zivilen Ungehorsam zu verhindern.



Fotos: Karin Richert

Antifaschistische Proteste behindern Neonazi-Aufmarsch in Stolberg

Der Fokus lag dabei auf letzterer, weil dort in den letzten Jahren mehr Ewiggestrige teilnahmen als am Vorabend.

Am Samstag hatten etwa tausend AntifaschistInnen aus NRW, aber auch aus Holland und Belgien, den Weg nach Stolberg gefunden, um sich den Rechten in den Weg zu stellen. Auch aus Köln war eine größere Gruppe gemeinsam vom Hauptbahnhof mit der Bahn angereist, darunter Mitglieder von AKKU, Die Linke.SDS, VVN-BdA und anderen Organisationen. Bereits bei der Anreise fiel die Polizei negativ auf, als sie die gesamte Bahn ohne erkenntlichen Grund in Eschweiler aufhielt und erst nach längerer Wartezeit weiterfahren ließ. Am Stolberger Hauptbahnhof traf die Kölner Gruppe auf eine Gruppe von AntifaschistInnen aus Aachen. Dadurch war die Menschenmasse am Bahnhof nun so groß, dass der Bahnhof faktisch blockiert war und die Anreise der Neonazis aus Richtung Köln verzögert wurde – ein erster Erfolg. Einige anreisende Neonazis wurden daraufhin vor Stolberg aus der Regionalbahn in Busse gesetzt und nach Stolberg gefahren.



Die Bereitstellung der Busse durch das Verkehrsunternehmen ASEAG verurteilt das „Bündnis gegen den Naziaufmarsch in Stolberg“ in einer Pressemitteilung als „skandalös“.

Im weiteren Verlauf verließen die AktivistInnen den Stolberger Hauptbahnhof in zwei großen Demozügen, um zu versuchen, an anderen Stellen die Neonazis zu blockieren. Einigen Gruppen gelang es dabei, durch kleinere Blockaden an den Gleisen dafür zu sorgen, dass sich die Anreise der Rechten noch mehr verzögerte als ohnehin schon.

Der zweite Demozug, der zu einer angegebenen Kundgebung ziehen wollte, bekam die Taktik der Polizei zu spüren, die offensichtlich darin bestand, die AntifaschistInnen durch ständige kürzere oder längere Verzögerungen und sinnlose Maßnahmen zu schikanieren und zu zermürben. So wurde die Gruppe unter Anderem etwa eine Stunde lang in einer Straße festgehalten, mit der offiziellen Begründung, die Beamten hätten ihren Einsatzplan verloren – Realsatire pur!

Der Neonaziaufmarsch konnte dann schließlich doch stattfinden – dank bereitgestellter Busse und stundenlanger Polizeikessel. Allerdings startete der Aufmarsch etwa vier Stunden später als geplant und die Teilnehmerzahl fiel mit guten 400 geringer aus als im letzten Jahr.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die Gegenproteste ihr Ziel – nämlich die komplette Verhinderung des rechten Aufmarsches – nicht erreichten, allerdings kann man es durchaus als einen erfreulichen Teilerfolg werten, dass man den Aufmarsch zumindest erheblich verzögern konnte. Das Vorhandensein von breiten Bündnisstrukturen lässt darauf hoffen, dass nächstes Jahr noch mehr AntifaschistInnen nach Stolberg reisen – dann könnte aus dem Teilerfolg ein voller Erfolg werden. Köln 2008 und Dresden 2010/2011 haben gezeigt, dass es möglich ist. *jk* ■

Aus dem Inhalt:

Pantzer in der „Nationalzeitung"

BONN. In der ersten April-Ausgabe der „Deutschen Nationalzeitung" erschien ein Interview mit dem Japanologen Prof. Dr. Peter Pantzer. Unter der Überschrift „Das Gefühl des Gemeinsamen ist stärker als das Ego" beantwortet der emeritierte Professor der Bonner Universität Fragen von Gerhard Frey junior rund um Japan nach dem Atom-GAU in Fukushima. Die lange Jahre von „Nationalzeitungs"-Verleger Gerhard Frey geleitete „Deutsche Volksunion" fusionierte unlängst mit der neofaschistischen NPD. Der in Salzburg geborene Pantzer, Ehrenvorsitzender der Deutsch-Japanischen Gesellschaft in Bonn, war Schüler des österreichischen Japanologen Alexander Slawik (1900-1997). Dessen frühes Engagement für die NSDAP führte 1945 zu seiner Entlassung aus dem Staatsdienst.

Über den Umweg als Hilfskraft gelang es Slawik, 1948 wieder in die Wiener Universität zurückzukehren und bis zum außerordentlichen Professor und Leiter des Instituts für Japanologie aufzusteigen. *hma* ■

„Zeitgespräche" im Raum München

MÜNCHEN. Der extrem rechte „Druffel & Vowinckel-Verlag" aus Inning am Ammersee will vom 29. April bis 1. Mai 2011 seine „Zeitgespräche 2011" im „Großraum München" durchführen. Die Tagung unter dem Motto „Das Jahr 1941: Vom europäischen Konflikt zum Zweiten Weltkrieg" wird u.a. in der „Deutschen Nationalzeitung" beworben. *hma* ■

Braune Volkszähler

NRW. Die NPD in Nordrhein-Westfalen hat nach eigenen Angaben „rund 20" Mitglieder und Sympathisanten als Helfer für die umstrittene Volkszählung „Zensus 2011" gewonnen. Diese sollen nun „nationale Marktforschung" betreiben und ab dem 9. Mai jeweils 100 Haushalte befragen. Einige bekannte Funktionsträger der Partei seien allerdings als Befrager abgelehnt worden, so Landesvorsitzender Claus Cremer. *hma* ■

Küssel verhaftet

WIEN. Der österreichische Neonazi Gottfried Küssel ist am 11. April verhaftet worden. Dem ehemaligen ANR- und VAPO-Aktivisten wird vorgeworfen, gemeinsam mit einem Gesinnungskameraden zu den Drahtziehern der Neonazi-Homepage *Alpen-Donau* zu gehören. Gleichzeitig wurden sechs Hausdurchsuchungen durchgeführt. Justizministerin Claudia Bandion-Ortner vermutet ein „kriminelles, rechtsextremes, über die Grenzen Österreichs hinaus international wirkendes Netzwerk" mit insgesamt 55 Mitgliedern und weiteren unbekannten Tätern. Küssel wird als eine der zentralen Figuren dieses Netzwerkes angesehen. Küssel war bereits 1993 wegen NS-Wiederbetätigung in erster Instanz zu 10 Jahren Haft verurteilt worden. *hma* ■

Auf freiem Fuß

AICHACH. Die ehemalige Rechtsanwältin des Holocaust-Leugners Ernst Zündel, Silvia Stolz, ist aus dem Gefängnis entlassen worden. Die selbst 2009 wegen Volksverhetzung zu 39 Monaten Haft verurteilte Stolz hatte zuletzt in der JVA Aichach eingesessen. Zudem wurde gegen die heute 47-Jährige ein zehnjähriges Berufsverbot als Rechtsanwältin verhängt. *hma* ■

Urteile im „Sturm 34"-Prozess

DRESDEN. Im Prozess gegen 5 ehemalige Angehörige der 2007 verbotenen Neonazigruppe „Sturm 34" sind vor dem Landgericht Dresden die Urteile gesprochen worden. Vorgeworfen wurde den Angeklagten die Bildung einer kriminellen Vereinigung und Körperverletzung. Sie hätten Mittweida und Umgebung "zeckenfrei und braun" machen wollen, so die Staatsanwältin. Drei Angeklagte wurden zu Bewährungsstrafen zwischen 18 und 23 Monaten, zwei weitere zu Geldstrafen oder Sozialstunden verurteilt. Matthias Rott, einer der Mitgründer des „Sturm 34", wurde in dem Prozess freigesprochen. Der war schon vor Gründung der Gruppierung als Informant für die Polizei tätig gewesen. *hma* ■

1. Mai - Nazis in Halle stoppen!

HALLE. Am 1. Mai wollen die Nazis der „Freien Kräfte" zwei zentrale Aufmärsche unter dem gleichen Motto durchführen, in Heilbronn und Halle (Saale). In Halle erwarten Rechercheaktivisten eine größere Anzahl von Nazis, bleibt Heilbronn verboten, wird in Halle wohl der zentrale und größte Aufmarsch stattfinden. Das Bürgerbündnis „Halle gegen Rechts" und der Zusammenschluss antifaschistischer Gruppen mobilisieren zu Gegenaktionen.

Das Bündnis plant verschiedene Kundgebungen und Protestdemonstrationen gegen den Naziaufmarsch. Informationen zu den Aktionen und Unterstützern werden auf http://halleblockt.blogsport.de/ veröffentlicht werden.



Die „Antifaschistischen Gruppen Halle" rufen zu dezentralen Aktionen gegen den Naziaufmarsch auf und mobilisieren bundesweit. In zahlreichen Städten finden Info- und Mobilisierungsveranstaltungen statt, Plakate, Flyer und Aufkleber können bei firstofmay@web.de bestellt werden, Banner sind auf der Infoseite zu finden. Dort gibt es auch Hintergrundinfos zu den Organisatoren des Naziaufmarschs und zu halleschen Nazistrukturen: http://www.nonazisinhalle.tk

Zudem gibt es regelmäßig aktualisierte Infos zu Naziroute und angemeldeten Kundgebungen und Demonstrationen.

http://www.nonazisinhalle.tk
Quelle: indymedia ■

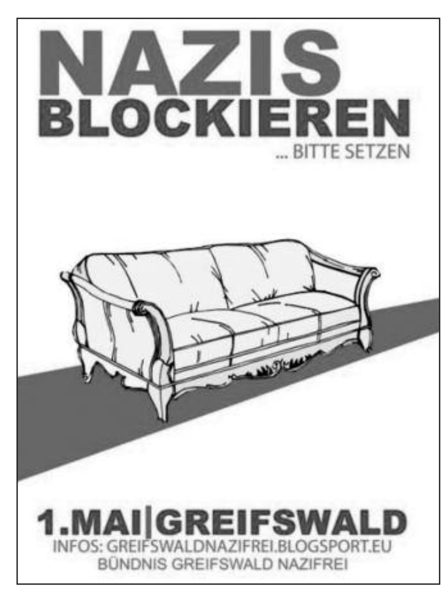
1. Mai Naziaufmarsch Greifswald

In Greifswald gewinnt die Protestbewegung gegen den zentralen NPD-Aufmarsch im Nordosten am 1. Mai zunehmend an Konturen. Vielfältige Aktionen von Blockaden bis Bürgerfeste sind in Planung. Hier ein Überblick über die Akteure und ihre Vorhaben:

Nachdem zivilgesellschaftliche Akteure der Hansestadt Greifswald bereits letzte Woche mit der Konstituierung eines Bürgerbündnisses gegen den Neonaziaufmarsch vorgelegt haben, hat das links-alternative Spektrum der Stadt vor wenigen Tagen nachgelegt und ein Bündnis unter dem Namen „Greifswald Nazifrei" gegründet, dass zum Widerstand gegen die rechte Veranstaltung aufruft. In einem, auf dem Blog des Zusammenschlusses veröffentlichten, Aufruf heißt es: „Wir rufen unter dem Motto „Nazis blockieren! … bitte setzen" alle Menschen dazu auf, sich an den Blockadeaktionen zu beteiligen und somit den Nazis keinen Platz für die Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie zu gewähren.". Das Bündnis plant dem Aufmarsch der Neonazis mit Menschenblockaden auf der Demonstrationsroute zu begegnen. Auf der Homepage von „Greifswald Nazi-

frei“, sollen demnächst nähere Informationen zum Neonaziaufmarsch und den geplanten Blockaden zu finden sein. (http://greifswaldnazifrei.blogsport.eu)

Das Greifswalder Bürgerbündnis „Greifswald ist bunt – kein Ort für Neonazis“, dass sich auf Einladung des Oberbürgermeisters Arthur König (CDU) konstituiert hat, diskutierte in den letzten zwei Wochen Aktionen, die gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai stattfinden könnten. Vom bereits im Vorfeld angemeldeten Demokratiefest des DGB auf dem Greifswalder Marktplatz, weit weg vom Geschehen, scheint man teilweise abgerückt zu sein. In einer Pressemitteilung der Greifswalder Stadtverwaltung heißt es, dass geplant sei, „das schon lange vorbereitete Fest der Demokratie mit anderen Aktionen zu verbinden und die Stadtteile Schönwalde I und II mit einzubeziehen.“ (http://www.greifswald.de/pressemitteilungen/mitteilung-lesen/ article/greifswald-ist-bunt-kein-ort-fuer-neonazis-aufruf-zum-1-mai.html?tx_ttnews)



Sollte das Bündnis dieses Vorhaben in die Tat umsetzen und Protestaktionen in Schönwalde planen, so wäre dies ein wichtiger Schritt hin zu einem effektiven und wahrnehmbaren Widerstand gegen die NPD. Dieser Widerstand besteht, im Gegensatz zu anderen Orten Mecklenburg-Vorpommerns, in Greifswald scheinbar nicht aus dem Verschließen von Fenstern und Türen oder dem Verstecken hinter Kirchenmauern. Die rasche Reaktion von Greifswalder Zivilgesellschaft und links-alternativ geprägtem Spektrum auf das Aufmarschvorhaben der NPD am 1. Mai lässt Gutes erhoffen. Möglicherweise haben es sich die Neonazis mit der Wahl Greifswalds zum Aufmarschort schwerer gemacht, als in den letzten Jahren. Ein erfolgreicher Protest gegen den Aufmarsch könnte darüber hinaus auch für andere Städte in MV Signalwirkung im Umgang mit solchen Veranstaltungen haben. Zudem wäre ein gestörter oder womöglich sogar verhinderter Aufmarsch der NPD am 1. Mai in Greifswald ein großer Dämpfer für die NPD im Wahlkampf zu den Landtagswahlen 2011 im September, der für die Neonazis bereits jetzt begonnen hat. Infos über:

http://greifswaldnazifrei.blogsport.eu/
http://antifahgw.blogsport.de ■

Heilbronn gegen Rechtsextremismus

Heilbronn. Zum 1. Mai rufen rechtsradikale Kräfte bundesweit zu einer zentralen Kundgebung und Demonstration nach Heilbronn auf. Das Bündnis Heilbronn gegen Rechtsextremismus ruft zu Gegenaktionen auf, im Aufruf heißt es:

„Rassistische Tendenzen und fremdenfeindliches Gedankengut haben bei uns – in unserer Stadt – keinen Platz.

Der 1. Mai ist in unserer badenwürttembergischen Landesverfassung ein besonders geschützter Tag: In Artikel 3.2. findet sich folgender Wortlaut:

‚Der 1. Mai ist gesetzlicher Feiertag. Er gilt dem Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und Völkerverständigung.‘

In diesem Sinne wollen wir diesen Tag auch gemeinsam begehen: All diejenigen, die sich uns und unserem Bündnis anschließen wollen und friedlich gegen Hass, Rassismus und ein Zeichen setzen wollen sind eingeladen mit dabei zu sein. Mitmachen heißt: am 1. Mai mit auf die Straße zu gehen oder auch, sich auf unserer Unterstützerliste registrieren zu lassen. Mitzumachen heißt, als Verband, Organisation, Kirche, Gruppierung oder Verein mit im Bündnis aktiv zu werden.“

Bündnis Heilbronn gegen Rechtsextremismus, Stadt Heilbronn, DGB, Einzelgewerkschaften, Kirchen, Parteien, zahlreiche Verbände und Vereine ■

Brauner Spuk in Schloss Weissenstein

Schweinfurt. Unbemerkt von der Öffentlichkeit findet seit schon mindestens zehn 10 Jahren ein Treffen rechter Kreise um die Verlagsgruppe „Lesen & Schenken“ von Dietmar Munier statt. Im Jahresturnus treffen sich Intellektuelle aus der Grauzone zwischen rechtskonservativen und offen faschistischen Positionen. So auch dieses Jahr am 1.4.-3.4.2011, in dem idyllisch nahe Pommersfelden gelegenen Schloss Weissenstein.

Das diesjährige Lesertreffen konnte allerdings, dank antifaschistischer Recherchearbeit und Hartnäckigkeit lokaler Medien, ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden. Zum ersten Mal gab es Protestkundgebungen in Zusammenhang mit einer Gegenlesung am Samstag, den 2.4.2011. Die Demonstration fand regen Zulauf in der kleinen Gemeinde und das kreative Konzept, die Demonstration in Form einer Gegenlesung zu gestalten, war sichtbar aufgegangen.

Das hing sicher auch mit den diversen vorzüglichen Redebeiträgen zusammen. Den Anfang machte Michael Helmbrecht, vormaliger Sprecher des Gräfenberger Bürgerforums, mit einer Analyse der völkischen Inhalte, die von Seiten der rechten Teilnehmer des Lesertreffens transportiert werden. Danach beeindruckte der Schauspieler Erich Ude durch eine Vielzahl hervorragend vorgetragener antifaschistischer Gedichte. Anschließend schilderte Josef Jakubowicz seine persönlichen Erfahrungen mit dem faschistischen 3. Reich. Des weiteren folgten ein Redebeitrag der Politikerin Christine Stahl und ein weiterer Beitrag einer Sprecherin des Forchheimer Bündnisses gegen Rechts. *ane* ■

Goodbye Manni…

Köln. Manche Abschiede machen traurig, andere stimmen eher fröhlich. Zur zweiten Gruppe gehört mit Sicherheit der Abschied vom rechten Kölner Urgestein Manfred Rouhs, der in der vergangenen Woche seine Mandate im Kölner Rat und in der Bezirksvertretung Nippes niederlegte, um in Berlin für die Rechtspartei „pro Deutschland“ zum Abgeordnetenhaus zu kandidieren. Rouhs, einst Mitbegründer von „pro Köln“ und Gründer von „pro Deutschland“, hatte schon seit einiger Zeit den Schwerpunkt seiner politischen Tätigkeit in Richtung Nordosten verlegt und wurde dort Vorsitzender der von ihm aus der Taufe gehobenen Rassistentruppe.

Rouhs war seit früher Jugend auf der äußersten Rechten politisch aktiv: von der Jungen Union führte sein Weg über den NPD-Nachwuchs Junge Nationaldemokraten (dort brachte er es bis zum nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden) zu den Republikanern, für die er 1989 in den Kölner Rat einzog. 1991 wechselte er zur Deutschen Liga für Volk und Heimat und gehörte später mit seinem alten Mitstreiter Markus Beisicht zu den Gründern und maßgeblichen Aktivisten von pro Köln. Für diese Rechtsgruppe saß er abermals im Kölner Stadtrat. Rouhs war und ist außerdem Verleger der Rechtspostille Nation 24, die aber nur selten erscheint.

Rouhs’ Nachfolger im Rat ist Karel Schiele, der bisher für „pro Köln“ im Verkehrsausschuss saß, ohne, wie Insider berichteten, dort weiter durch inhaltliche Beiträge aufzufallen. Schiele, der aus der Tschechoslowakei stammt (laut pro Köln aber „sudetendeutsche Wurzeln“) hat, beweist bereits in seinen ersten öffentlichen Aussagen, wes Geistes Kind er ist: Unter den Migranten gäbe es „eine ganze Menge Verweigerer, Ignoranten und Sozialschmarotzer in der zweiten oder dritten Generation“ und die Politik habe „eine Kultur des sozialen Elends“ geschaffen.

Wie kurz der Abstand zwischen neoliberalem und rechtem Denken ist, beweist er mit der Aussage: „Das Konzept des Reichtums für alle ohne Arbeit ist aber bereits vor zwanzig Jahren mit dem Zerfall des Ostblocks gescheitert“. Es steht also zu befürchten, dass er seinem Vorgänger im Rat inhaltlich in nichts nachstehen wird. *tri* ■

Vorstandswahlen bei „pro NRW“

Köln/Leverkusen. Am 19. März fanden in Leverkusen, hinter verschlossenen Türen und somit auch unter Ausschluss der Medien, Vorstandswahlen von „pro NRW“ statt. Markus Beisicht wurde als Parteichef und Markus Wiener als Generalsekretär erneut in ihren Ämtern bestätigt. Gleiches gilt für Judith Wolter als Schatzmeisterin. Stellvertretende Vorsitzende wurden Jörg Uckermann, Wolfgang Palm, Kevin Hauer und Daniel Schöppe.

Andreas Molau, der in der Vergangenheit bereits für NPD und DVU kandidierte, wurde in den Beisitz gewählt. Dieser hatte 2008 noch Ambitionen NPD-Bundesvorsitzender zu werden, verlor aber den parteiinternen Machtkampf gegen Udo Voigt. Molau sagte auf einem NRW-NPD Sommerfest 2008: „Wir wollen Deutschland zu einer national befreiten Zone machen!“ und weiter „Da heult der Herr Laschet vor Kurzem rum, es gäbe auch hier in Nordrhein-Westfalen – vielleicht ist das ja dem einen oder anderen auch schon aufgefallen – sogenannte No-Go-Areas für Schwarze. No-Go-Areas, also Gebiete, in die sich Schwarze, also Maximalpigmentierte – Neger darf man ja nicht mehr sagen –, in die sie sich nicht mehr hereintrauen würden. Ja, liebe Freunde, wir würden uns ja freuen, wenn es so wäre. Wir wären ja froh, wenn es Räume in Nordrhein-Westfalen oder Deutschland geben würden, wo mal keine Schwarzen da wären, das wäre doch tatsächlich mal etwas.“ Molau zählt inzwischen zur Führungsriege von „pro NRW“.

Auch Max Branghofer, der vor kurzem noch NRW-Landesvorsitzender der DVU war, wurde neu in den Beisitz gewählt. Neue Schriftführerin ist Claudia Gehrhardt, die 2010 noch gemeinsam mit ihrer Tochter für einen NPD-Landtagswahl-Werbespot posierte.

Quelle: Newsletter ibs Köln, April 2011 ■

Kein Platz für Rassismus

München. Anfang März schloss sich die IG Metcall als Premium Partner der Initiative „Respekt!“ gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus an. Die Idee dahinter: Den „Respekt“ aus der Welt von Sport, Schulen und Showbiz in die Betriebe zu tragen und seine positive Wirkung auf diese Weise zu vervielfachen. Jetzt laufen die Vorbereitungen für die Umsetzung.

Die IG Metall Bayern wird in allen örtlichen Verwaltungsstellen Aktivitäten zur „Respekt!“-Initiative starten, wozu derzeit die konkrete Planung entsteht. Dabei werden Betriebe bestimmt, in denen das Kampagnen-Schild an geeigneter Stelle angebracht wird. Bei diesen Aktionen und ihrer Vorbereitung sind auch die Arbeitgeber ausdrücklich zur Beteiligung aufgefordert – schließlich handelt es sich um Ziele, die von beiden Seiten gleichermaßen zu vertreten sind.

Betriebliche Aktionen werden durch öffentliche Aktionen beispielweise auf Märkten und in Fußgängerzonen ergänzt. „Respekt!“ stellt eine Reihe von Hilfsmitteln zur Verfügung, von denen sich vermutlich besonders das Antiidiotikum als besonderer Renner erweisen wird. Bei der IG Metall selbst soll das Thema in diesem Jahr auf allen größeren Veranstaltungen dargestellt werden. Der bayerische IG Metall-Bezirksleiter brachte es in einem Brief an die Verwaltungsstellen auf den Punkt: „Wir wollen viele sichtbare Zeichen setzen – für mehr Respekt und Toleranz.“

http://www.igmetall-muenchen.de, HR,



13.4.2011 ■

Rassismus ist heilbar – „Respekt!“ zeigt wie's geht – www.respekt.tv

Ist Rassismus heilbar? Ja, denn jetzt gibt es das Antiidiotikum®. Das neue Heilmittel gegen alle Formen von Rassismus und Diskriminierung. Respekt!-Botschafter Bülent Ceylan hat für die Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ einen Spot gedreht und demonstriert darin die überaus positive Wirkung des Präparats. Mit diesem erfundenen Medikament möchten wir auf humorige Art und Weise darauf aufmerksam machen, dass Vorurteile heilbar sind. Denn Denken gefährdet die Dummheit! Das Antiidiotikum® gibt's weder beim Arzt noch beim Apotheker. Das Allheilmittel gibt es nur bei uns im Respekt!-Shop. Mit dem Kauf des Antiidiotikums unterstützt Ihr die Gemeinnützige Respekt! Kein Platz für Rassismus GmbH.

Leipziger Neonazi als Security bei „Kategorie C“-Konzert in Moskau

Leipzig. Am 12.3.2011 trat die rechte Hooliganband „Kategorie C“ (KC) im M-Club in Moskau auf. Mit dabei war auch Riccardo Sturm (41). Der bekannte Leipziger Neonazi agierte dabei als Security für die Rechtsrockkombo. Die 1997 gegründete Band gab insbesondere in den vergangenen zwei Jahren viele Konzerte in Deutschland und im Ausland. Dabei werden die Veranstaltungsorte meist einschlägig gewählt. In Sachsen spielte KC in der Diskothek „Zur deutschen Eiche“ in Geheege, die vom NPD-Mann Steffen Hentschel gemietet und für viele einschlägige Konzerte und rechte Veranstaltungen genutzt wird. In Thüringen wurde ein mittlerweile einschlägiges Hotel in Kirchheim genutzt. In dem „Hotel Romantischer Fachwerkhof“ fand 2010 ebenfalls der NPD-Landesparteitag statt.

Das Album „Hungrige Wölfe“ wird durch das rechte Label „PC-Records“ aus Chemnitz vertrieben. Der Sänger der Band, Hannes Ostendorf, war 1991 an einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Bremen beteiligt.

Ostendorfs Bruder war bis Januar 2011 Geschäftsführer des in Riesa ansässigen „Deutsche Stimme“-Verlags der NPD, der unter anderem die gleichnamige Parteizeitung herausgibt.

Sturm ist bereits seit den frühen 90er Jahren in der Leipziger Neonazi- und Hooliganszene aktiv, so nahm er bereits am 21. April 1990 an einem Vortrag von David Irving in München teil.

Seitdem taucht er regelmäßig bei Nazidemonstrationen in und um Leipzig, teils als Ordner, auf. 2009 war er am Überfall auf die Fans und Spieler des Roten Stern Leipzig e.V. in Brandis beteiligt.

Hannah Baumann, Pressesprecherin der Leipziger Recherchegruppe, sagt dazu:

„Riccardo Sturm gilt als gewaltbereiter Neonazi, so wurde er seit 1992 mehrfach wegen Überfällen auf Antifaschisten und auf besetzte Häuser verurteilt.“ „Dass er auf einer Veranstaltung in Moskau für die Band „Kategorie C“ arbeitet, spricht für die Verknüpfungen der Band in die rechten Szene“, so Baumann weiter.

Weil der Verfassungsschutz die Band nicht als verfassungsfeindlich einschätzt, können ihre Konzerte in Sachsen offiziell und unter Beteiligung hunderter Neonazis stattfinden. Am 21.5.2011 gibt „Kategorie C“ zusammen mit der Band „J.H.T.B.“ ein Konzert im Rahmen ihrer Deutschlandtour in Leipzig.

Pressemitteilung der Leipziger Recherchegruppe vom 30.3.2011 ■

Quellen:
http://hungrige-woelfe.de/images/picture/509.jpg (Scooter & Kategorie C) http://hungrige-woelfe.de/images/picture/512.jpg (Ricardo Sturm als Security)
http://gamma.noblogs.org/archiv (Heft #186 - Dossier über Riccardo Sturm) http://www.chronikle.org/ereignis/konzert-nazi-band-kategorie-c-leipzig (Hintergründe zu Kategorie C in Leipzig)

Nazischläger von Geithain muss Haftstrafe antreten

Am 7.5.2010 wurde der15-jährige Florian von dem der regionalen Naziszene angehörenden Albert R. an der Tankstelle in der Peniger Straße in Geithain (Landkreis Leipzig) angegriffen. (1) Mit einem Tritt in den Brustkorb und einem Schlag auf den Kopf zertrümmerte er Florians Schädelknochen. Nur mit etwas Glück drangen die Knochenteile nicht ins Gehirn ein, was entweder schwerwiegende bleibende Schäden oder sogar den Tod des 15-Jährigen zur Folge hätte haben können. 10 Tage später wurde der dringend tatverdächtige Albert R. festgenommen und in Untersuchungshaft in die JVA Zwickau verbracht. Am 29.10.2010 verurteilte das Amtsgericht Chemnitz R. wegen gefährlicher Körperverletzung zu 20 Monaten Haft, allerdings ausgesetzt auf 3 Jahre Bewährung. (2) Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch der Nebenklagevertreter der Familie des Opfers waren gegen das Urteil des Amtsgerichtes Chemnitz und hier explizit gegen das Strafmaß in Berufung gegangen.

Am 31. März fand am Landgericht Chemnitz die Berufungsverhandlung gegen Albert R. statt. Im Ergebnis wurde die Bewährung, wie von Staatsanwaltschaft und Nebenklage gefordert, zurückgenommen. Albert R. muss demnach eine Haftstrafe antreten, wobei ihm noch die Möglichkeit zusteht, gegen das Urteil Rechtsmittel einzulegen.

Juliane Nagel, Mitglied des Landesvorstandes der LINKEN Sachsen, Prozessbeobachterin, erklärte dazu:

„Das Urteil des Landgerichtes Chemnitz stimmt zufrieden. Zwar kann es die menschenverachtende, brutale Tat nicht ungeschehen machen, auch ist längst nicht ausgemacht ob das Opfer nicht bleibende Schäden davontragen wird, jedoch hat die zuständige Richterin das beinah skandalöse Urteil des Amtsgerichtes aufgehoben und damit die Dimension der Tat anerkannt. Sie unterstrich, dass der Angeklagte noch von Glück reden kann, dass die Anklage nicht auf versuchten Totschlag lautete. Vor dem Hintergrund des langen Vorstrafenregisters des Angeklagten, das sieben Verurteilungen, davon fünf wegen Körperverletzungsdelikten, aufweist, erschien die vom Amtsgericht verhängte Bewährungsstrafe nicht nachvollziehbar. Die dafür als Begründung herhaltende ‚positive Sozialprognose', die die Jugendgerichtshilfe R. bescheinigte, wurde von Staatsanwalt und Nebenklage berechtigterweise vehement angezweifelt.

Das Urteil hat darüber hinaus eine politische Dimension. Das Opfer ist als Punk erkennbar und wird der alternativen Szene Geithains zugerechnet. Albert R. war während der Tat in Begleitung von einschlägig bekannten Neonazis, nahm und nimmt regelmäßig an Neonazi-Demonstrationen teil und wurde bei der erstinstanzlichen Verhandlung im Oktober 2010 unter anderem vom Geithainer NPD-Stadtrat Manuel Tripp in Empfang genommen, der seine Freude über das Urteil nicht verbergen konnte. Schon während Albert R. sich in Untersuchungs-Haft befand, wurden auf neonazistischen Internetseiten Solidaritätsadressen gepostet und im Mai 2010 fand in Bad Lausick sogar eine Spontandemonstration der neonazistischen „Freien Kräfte" statt, bei der „Freiheit für Albert" gefordert wurde. (3)

Nicht nur diese Tat zeigt, dass es auch eine wichtige politische und zivilgesellschaftliche Aufgabe ist, sich mit den erstarkenden neonazistischen Strukturen auseinander zu setzen. Denn nicht nur für nicht-rechte Jugendliche stellt ein solches Szenario eine alltägliche Bedrohung dar.

Der Landkreis Leipzig war im Jahr 2010 laut Statistik der sächsischen Opferberatungsstellen (4) mit Abstand negativer Spitzenreiter in Sachen rechtsmotivierter und rassistischer Angriffe. Die Strukturen der so genannten ‚Freien Kräfte' konnten sich insbesondere in Geithain in den letzten Jahren verfestigen."

PM Juliane Nagel, Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE Sachsen, Leipzig, 31.3.2011 ■

Anmerkungen:
(1) Chronikle, 7.5.2010 http://www.chronikle.org/ereignis/geithain-junger-mensch-neonazi-lebensgef%C3%A4hrlich-verletzt
(2) Artikel Juliane Nagel „Verhandlung am Amtsgericht Chemnitz: – Nazischläger von Geithain bekommt „noch eine Chance"", 31.10.2011 http://jule.linxxnet.de/index.php/2010/10/verhandlung-am-amtsgericht-chemnitz-nazischlager-von-geithain-bekommt-%E2%80%9Enoch-eine-chance%E2%80%9C/
(3) Chronikle, 20.5.2011 http://www.chronikle.org/ereignis/nazi-aufmarsch-bad-lausick
(4) Statistik der sächsischen Opferberatungsstellen : Rechtsmotivierte und rassistische Angriffe in Sachsen 2010 http://www.raa-sachsen.de/images/Statistiken/statistik_2010.pdf

Nachlese zu den Wahlergebnissen: Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Kommunalwahlen in Hessen

Sachsen-Anhalt:

Nach einem massiv geführten Wahlkampf mit dem Ziel, in einen dritten Landtag einzuziehen, verfehlte die NPD diese Absicht dennoch knapp. Mit 45.697 Zweitstimmen (4,6 Prozent) übertraf sie aber das Ergebnis der DVU von 2006 (3 Prozent) deutlich. Zwar blieb sie in allen kreisfreien Städten unter ihrem Landesergebnis (in Magdeburg 3,2 %, in Halle = 3,2 %, in Dessau = 4,0%), konnte jedoch in ländlichen Gebieten teilweise viel bessere Ergebnisse erzielen (Nebra 8,4 %, Naumburg 6,7 %, Querfurt 6,1 %, Hohenmölsen-Weißenfels 6,6 %). In ihren bekannten Bastionen wie dem Burgenlandkreis oder im Harz wirkte sich die aktive Arbeit ihrer Kreisverbände aus. Vorgeschobene Kandidaten wie der Schornsteinfeger und Ex-Fußballtrainer Lutz Battke, den sein Verein wegen der NPD-Nähe rausgeworfen hatte oder der Ex-SPD-Bürgermeister Hans Püschel, der geschickt inszeniert zur NPD wechselte, holten Stimmenergebnisse von 9,1 % bzw. 6,5 %.

Hessen:

Die noch meist als vorläufig geltenden Zahlen über die Wahlergebnisse bei den hessischen Kommunalwahlen am 27.3.2011 bestätigen den weiteren Niedergang der Republikaner. In Frankfurt am Main blieben ihn~n noch 0,8 Prozent der Stimmen (2006: 1,5 %), in Wiesbaden 2,2 Prozent von 5,0 im Jahre 2006. Ähnliche Angaben liegen aus Fulda (1,7 von 2,2), vom Hochtaunuskreis (1,7 von 2,2), von der Bergstraße (2,3 von 3,2) oder aus dem Landkreis Marburg-Biedenkopf (1,6 von 2,5 %) vor. Die NPD hatte sich auf den Wetteraukreis. den Lahn-Dill-Kreis und die Stadt Frankfurt beschränkt. Sie verlor jedoch überall Stimmanteile. In Frankfurt blieben ihr bei einem Verlust von 0,1 % noch 1,1 %, was für einen Sitz im Stadtparlament reicht. Im Lahn-Dill-Kreis verblieben noch 2,0 % (von 2,4) und im Wetteraukreis noch 2,5 % (von 3,6). Bei der Beurteilung der rechtsextremen Wahlergebnisse muss in Betracht gezogen werden, dass sich bei den „Freien Wählern" (FW) zunehmend Kräfte angesammelt haben, die die Nähe zu rechtsradikalen Kreisen suchen. Eine örtliche „Initiative gegen Islamfeindlichkeit und Rechtspopulismus" machte in Frankfurt darauf aufmerksam, dass Aussagen der FW wie „Wir wollen nicht zulassen, dass Deutschland in Frankfurt abgeschafft wird" und Parolen gegen „Masseneinwanderung in die Sozialsysteme" Plakaten der NPD nicht unähnlich sind. Die FW erreichten einen Zuwachs um ein Prozent auf 3,8 % in der Stadt.

Newsletter DIE LINKE – BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus, Antifa aktuell 4/2011 ■

Schallende Ohrfeige der Justiz

VwG Düsseldorf weist Pro-NRW-Klage ab

Rassismus und Sozialdarwinismus als BürgerInnennähe und Sorge um die wirtschaftliche und soziale Handlungsfähigkeit bundesdeutscher Kommunen zu verkaufen, kann auch manchmal als Schuss ins eigene Knie enden. Das jedenfalls mussten kürzlich die AktivistInnen der sog. Bürgerbewegung Pro NRW erfahren, als sie sich mit der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 15.2.2011 konfrontiert sahen. – Was ist passiert?

In den Reihen zunächst der Pro-Köln- und jetzt der Pro-NRW-AktivistInnen rumort es seit geraumer Zeit kräftig. Bereits am 21.10.2005 wird eine vor dem VwG Düsseldorf anhängige Klage auf Unterlassung der Nennung Pro Kölns in den NRW-VS-Berichten 2002-2004 zurückgewiesen. Mit ihrem Urteil vom 10.11.2009 weisen die Düsseldorfer RichterInnen dann eine gleich lautende Klage ab, die sich nun allerdings auf die NRW-VS-Berichte für die Jahre 2007 und 2008 bezieht.[1]

Hatten sich vor sechs Jahren die Pro KölnerInnen echauffiert, so ziehen nun die Pro-NRWlerInnen nach. Stein des Anstoßes ist der Umstand, dass der Name ihrer Partei seit 2007 fortlaufend in den Verfassungsschutzberichten sowohl des Landes NRW als auch des Bundes auftaucht, wo doch schon die Vorläuferin und Schwesterpartei Pro Köln regelmäßig in den betreffenden Berichten genannt wird.[2] Das ist den Betroffenen dann doch zu viel, und so ziehen sie im Frühjahr 2007 erstmals vor das VwG Düsseldorf. Leider ohne Erfolg. Denn die Richter erklären die beim Verfassungsschutz gewählte Vorgehensweise für rechtens.

Die Pro NRWlerInnen stört das jedoch herzlich wenig. Sie gehen mit einem weiteren Verfahren in die nächst höhere Instanz und stehen nun also vor dem Oberverwaltungsgericht Münster. Doch auch dort scheitern sie: Am 24. Mai 2007 bekräftigen die RichterInnen am Oberverwaltungsgericht Münster das am Verwaltungsgericht Düsseldorf gefällte Urteil. Mit dem betreffenden VwG-Urteil sei „die Einschätzung des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen, dass [bei Pro NRW – G.H.] hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen, ausdrücklich bestätigt“ worden.[3]

Darüber hinaus werden im OvG-Urteil die in der Pro-Bewegung propagierten politischen Inhalte noch pointierter als zuvor in Düsseldorf als Ausdruck einer insgesamt menschenverachtenden Ideologie charakterisiert. Aus den Veröffentlichungen auf der Pro-NRW-Homepage hätten sich „Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen ergeben, Schutzgüter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen. In diesen Äußerungen seien durchweg Bekundungen enthalten, die im Hinblick auf die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot, den Verdacht einer verfassungswidrigen Bestrebung begründeten. So würden Ausländer beziehungsweise Migranten mit überwiegend drastischer Wortwahl anhaltend negativ bewertet, herabgesetzt und ausgegrenzt.“[4] Darüber hinaus weisen die Münsteraner RichterInnen ausdrücklich darauf hin, dass die immigrantInnenfeindliche Einstellungv der Pro-NRWlerInnen nicht zuletzt daran ablesbar sei, dass sie über politische Kontakte zum belgischen „Vlaams Belang“ verfügten, „die als Nachfolgerin des ‚Vlaams Blok‘ nach Auffassung des Gerichts eine ausländerfeindliche Politik“ verfolge, und der „Deutschen Nationalzeitung“ in der Vergangenheit Interviews gegeben hätten.[6] Damit geht also auch dieser zweite Schuss aus der Pro-NRW-Gulaschkanone nach hinten los, das braune Zeug fliegt zurück in die dummen Gesichter derer, die es zuvor so kräftig verschleuderten.

Wer aber geglaubt hatte, nach diesen richterlichen Entscheidungen müsse auch bei den Hardlínern von Pro NRW allmählich so etwas wie Vernunft eingekehrt sein, sah sich bald eines Besseren belehrt. Mit einer Mischung aus analyse- und erfahrungsresistentem Trotz nehmen sie nach nunmehr vierjähriger Verschnaufpause Anfang 2011 einen erneuten Anlauf, den lästigen Makel, rechtsextremistisch zu sein, nach außen hin endlich abzuschütteln und stattdessen mit dem politstrategisch bedeutsamen Attribut versehen zu werden, eine demokratische politische Partei im Reigen der anderen demokratischen politischen Parteien der BRD zu sein. Damit einhergehend wollten sie erneut durchsetzen, dass sie künftig weder unter VS-Beobachtung gestellt noch in den diversen VS-Berichten aufgeführt werden.

Doch ganz so einfach ist es dann doch nicht, die Justiz des Landes mit Schafspelz-Reden und Lippenbekenntnissen zum demokratischen Grundkonsens für rechtsextreme Handlungsparameter gefügig machen zu wollen. Mit Datum vom 15.2.2011 weisen die RichterInnen in der 22. Spruchkammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf die von Pro-NRW-Seite angestrengte Klage ab. Neben den bereits referierten Sachverhalten wird zur Urteilsbegründung Folgendes angeführt:

- „Schüren von Ressentiments gegen die muslimische Bevölkerung und für fremdenfeindliche Agitation“[7]
- Verbot des sog. Anti-Islamisierungskongresses, der für die Zeit 19. – 21.9.2008 in Köln geplant war[8]
- Zeitungsinterview, in dem Markus Beisicht, der Vorsitzende sowohl von Pro Köln als auch von Pro NRW, erklärt habe, dass das Thema Islamisierung eine Marktlücke sei, die die Rechten politstrategisch ausgefüllt hätten. Zwar kämen die Pro-Köln-AktivistInnen im Gewand einer BürgerInneninitiative daher, so Beisicht weiter, verstünden sich aber insgesamt als politisch rechtes Parteiprojekt.[9]
- Interview mit den MacherInnen der rechtsextremen Zeitung „Nation Europa“, in dem ein weiteres Pro-Köln-Mitglied die in seiner Partei angewendete Taktik als Spiel mit den Medien charakterisiert habe, das der Stimmungsmache diene.[10]

Angesichts dieser Fülle an Indizien und richterlichen Entscheidungen muss die kompromisslose Nachhaltigkeit, mit der sich die AktivistInnen von Pro NRW und Pro Köln daran klammern, in der Öffentlichkeit als demokratisch legitimierte politische Parteien wahrgenommen zu werden, entweder als hoffnungslose Verbohrtheit gewertet werden oder aber als eine auf lange Sicht angelegte politische Strategie der Rechtsextremen, sich ihre angebliche Kompatibilität mit der Demokratie juristisch verbriefen zu lassen, um anschließend mit dem Persilschein politischer und justiziabler Legitimität in der Hand ihre menschenverachtende Politik durchsetzen zu können.

Giesbert Hunold ■

1 Vgl. VwG Düsseldorf, Urteil der 22. Spruchkammer vom 15.02.2011, Aktenzeichen: 22 K 404/09, Abschnitt 32. – Zitiert gemäß der Veröffentlichung unter: URL: hhttp://www.justiz.nrw.de/nrwe/ovgs/vg_duesseldorf/j2011/22_K_404_09urteil20110215.html (Stand: 5.4.2011). Das betreffende Urteil wird im weiteren Textverlauf abgekürzt mit: 22 K 404/09
2 Vgl. ebenda Abschnitt 4.
3 Vgl. ebenda Abschnitt 17. Zitat ebenda.
4 Ebenda Abschnitt 18.
5 Im Urteil heißt es: „ausländerfeindliche Einstellung“.
6 Vgl. 22 K 404/09 a.a.O. Abschnitt 19. Zitat ebenda.
7 Ebenda Abschnitt 22.
8 Vgl. ebenda Abschnitt 24.
9 Vgl. ebenda Abschnitt 25.
10 Vgl. ebenda Abschnitt 26.



Christlich? – CSU Spitze(l)-Politiker am Werke

München. In der CSU leben in Reaktion auf die politischen Verschiebungen in der Wählerschaft rechtsextreme Tendenzen auf. Der neue Bundesinnenminister Friedrich hat sich in offener Absage an das Integrationsangebot des Bundespräsidenten Wulf dahin ausgelassen, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre. In einem nächsten Schritt hat Friedrich die Islam-Konferenz, die vor Jahren der damalige Bundesinnenminister Schäuble ins Leben gerufen hatte, brüskiert. Friedrich verlangt, dass die religiösen Vereinigungen der Muslime den Sicherheitsbehörden aktiv zuarbeiten sollen.



Josef Schmid **Hans Podiuk**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
25.03.11

Konsequent auch gegen linken Extremismus

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München geht im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten gegen den linksextremen Szenetreff Kafe MARAT vor. Etwaige Förderzahlungen aus Steuermitteln werden umgehend eingestellt. Im Rahmen des Kulturzentrums vorhandene Mietverträge werden gekündigt. Das Kreisverwaltungsreferat prüft und stellt dar, wie auf Grundlage der Informationen des Bayerischen Verfassungsschutzes ein Entzug der gewerbe- bzw. gaststättenrechtlichen Erlaubnis u.a. wegen Verlust der Zuverlässigkeit möglich ist.

Begründung:
Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2010 führt das Kafe MARAT als Ort von „zentraler Bedeutung für die Mobilisierung autonomer Kreise“ auf. Es handle sich um den Teil eines „Kulturzentrums, das von Linksextremisten als Treffpunkt, logistisches Zentrum und Informationsbörse“ genutzt wird. Allein die Namensgebung nach einem radikalen Befürworter politischer Gewalt zeigt deutlich, dass es sich hier bei nicht um den Betrieb eines Cafes im herkömmlichen Sinne handelt. Die Randale auf dem Gärtnerplatz, die von Besuchern des Kafes MARAT ausgegangen sind und auch die Ergebnisse mehrerer Razzien beweisen die linksextreme Ausrichtung des Publikums und letztlich auch deren Duldung durch die Betreiber. Es ist dringend angezeigt, gegen diese Umtriebe vorzugehen, um politischen Extremismus in dieser Stadt keinen Raum zu bieten. Dass die Landeshauptstadt München innerhalb eines Kulturzentrums eine solche Einrichtung der extremen Linken direkt oder indirekt auch noch fördert, kann nicht hingenommen werden.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Hans Podiuk, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Damit entsteht die Frage, zu welcher Art Europa und Abendland dieser Mann, der ein hoher Funktionsträger ist und ziemlich sicher eine breite Strömung in der CSU repräsentiert, kommen will. Er will weit, weit zurück. Das Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, vor Nachfragen der Staatsmacht anvertraute Geheimnisse zu wahren, ist in vieler Hinsicht bedeutsam. Es ist die Wurzel der Verschwiegenheitsrechte und -pflichten der Advokatur, der ärztlichen Berufe, auch des Journalismus.

An die Entstehung dieser zivilisatorischen Errungenschaft erinnern in Bayern die Bildnisse des hl. Nepomuk, die auf fast allen Flussbrücken zu finden sind. Die dazugehörige Geschichte berichtet, dass dieser einflussreiche Kleriker und Beichtvater der böhmischen Königin 1391 durch Sturz in die Moldau hingerichtet worden sei, weil er sich weigerte, dem König Wenzel zu berichten, was die Königin ihm unter dem Siegel des Beichtgeheimnisses anvertraut hatte. – Seitdem ist viel Zeit ins Land gegangen und die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich gewandelt. In dieser langen Zeit hat man mit der Erinnerung an den hl. Nepomuk unterstrichen, dass es ehrenhaft ist, den Informationsrechten des Staates eine Grenze zu ziehen.

Es ist nicht oft vorgekommen, dass ein Repräsentant der politischen Macht versucht hat, die Religion ganz offiziell für Spitzeldienste zu verzwecken. Der Innenminister vergeht sich an einen Grundwert der Verfassung, die Religions- und Bekenntnisfreiheit. Leider ist Friedrich keine Einzelerscheinung. Auch in München arbeiten die CSU-Stadträte Podiuk und Schmidt gegen Grundsätze der Verfassung, in ihrem Antrag auf Erlass einer Münchner Extremismus-Klausel versuchen sie, in die Beziehung zwischen der kommunalen Selbstverwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern einzugreifen.

In der modernen, durchorganisierten Großstadt hängen fast alle sozialen und kulturellen Lebensäußerungen irgendwie mit städtischen / öffentlichen Vorleistungen zusammen. Der Antrag von Podiuk und Schmidt, den wir hier vollständig dokumentieren, lädt all den Menschen, die mit der Bereitstellung solcher Leistungen beschäftigt sind, Ermittlungsaufgaben auf, die diese in der Praxis nur durch Zusammenarbeit mit Polizei- und Geheimdienststellen wahrnehmen könnten. Schon dadurch, dass sie Erkundigungen über Leute einziehen, liefern sie diesen Stellen Informationen, die dort einen Vorverdacht auslösen.

Das sind keineswegs weit hergeholte Vermutungen. Schmidt und Podiuk haben zeitgleich zu diesem Antrag einen weiteren gestellt, der darauf zielt, Selbstbestimmung in der Jugendarbeit auszuschalten.

Man sieht an diesem Antrag, was Schmidt und Podiuk erreichen wollen. Die kommunale Selbstverwaltung wird zur Durchsetzung einer Gesinnung eingesetzt. Das ist ein totalitärer Ansatz. Wir dokumentieren auch diesen schandbaren Antrag im Wortlaut.

Die wenigen Leute, die sich mit der Meinungsbildung im Stadtrat detaillierter befassen, wissen, dass die beiden CSU-Matadore damit Anträgen und Intentionen des BIA-Stadtrats Richter von der NPD folgen.

Hier wiederholt sich ein Zusammenspiel, das bereits bei den Stadtratswahlen Folgen hatte. Damals hatten zwei Jugendliche einen Pensionär, der ihr Verhalten in der U-Bahn kritisiert hatte, lebensgefährdend zusammengeschlagen. Die CSU nahm das traurige Ereignis in einem ausländerfeindlich gestalteten Wahlplakat auf.

Es war diese Aktion der CSU, die Schamgrenzen, die gewöhnliche zwischen offen ausländerfeindlichen Neonazis und Spießbürgertum bestehen, einebnete und der vorher teils unbekannten, teils verrufenen Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) zum Einzug in den Münchner Stadtrat verhalfen.

Martin Fochler, Brigitte Wolf ■



Josef Schmid **Hans Podiuk**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
25.03.11

Extremismusklausel für München

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München (inklusive ihrer Töchter) führt als Grundbedingung für die Gewährung von monetären, materiellen und immateriellen Vorteilen oder Fördermitteln sowie bei Mietverträgen und Mietzuschüssen für Vereine und Initiativen folgende Klausel ein:

"Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten.

Als Träger der geförderten Maßnahme haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten (Literatur, Kontakte zu anderen Trägern, Referenzen, die jährlichen Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder etc.) und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Vertragspartner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird."

Empfänger solcher Leistungen, die sich in dieser Form nicht zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen oder entgegen dieser Erklärung handeln, erhalten keine Leistungen mehr.

Begründung:
Die Landeshauptstadt München bekennt sich zur Ablehnung jeglicher Form des Extremismus. Um zu verhindern, dass sich extremistische Strukturen unter dem Dach von städtisch geförderten Initiativen und Einrichtungen unter dem Deckmantel der Privatautonomie von Veranstaltungs- und Mietverträgen einnisten oder bilden können, muss den Empfängern entsprechender städtischer Leistungen die Konsequenzen eines solchen Verhaltens klar gemacht werden. Damit wird ein Zeichen gesetzt, dass Extremismus jeglicher Form in München seitens der Stadt nicht geduldet wird.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Hans Podiuk, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

CSU-Fraktion,Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Für die Entnazifizierung und Entmilitarisierung Bad Reichenhalls

Aufruf zur antifaschistischen Demonstration am Sa., 21.5.2011

Am 20. Mai 1941 griff die deutsche Wehrmacht (u.a. „Gebirgsjäger" aus Bad Reichenhall) die griechische Insel Kreta an, hielt sie bis zum 9. Mai 1945 besetzt und beging dort zahlreiche Kriegsverbrechen. Über 3500 Zivilist_innen wurden als Partisan_innen und deren Unterstützer_ innen hingerichtet und über 30 Dörfer komplett zerstörte. Zum 70. Jahrestag der deutschen Invasion auf Kreta rufen wir dazu auf, am Samstag, 21.5.2011 in Bad Reichenhall gegen rechte Traditionspflege, Nazis und den millitaristischen, nationalistischen deutschen Normalzustand zu demonstrieren.

Bad Reichenhall ist ein Ort, der symbolisch für die geschichtsrevisionistische, militaristische Gedenkpolitik in der oberbayerischen Provinz steht. Hier wurde noch 1969 zur Glorifizierung dieses Angriffskriegs die sogenannte „Kretabrücke" eingeweiht. An dieser Brücke findet jährlich rund um den 20. Mai[1] eine Gedenkfeier zu „Ehren" der beim Kampf um Kreta gefallenen „Reichenhaller Gebirgsjäger" und in Gedenken an den Bombenangriff auf die Stadt Reichenhall statt. So wird das gesellschaftliche Gedenken an die Verfolgten des Nationalsozialismus in die Vergessenheit gedrängt und die Täter_innen zu Opfern und Held_innen verklärt. Während die Kriegsverbrechen der Reichenhaller Gebirgstruppe nicht thematisiert werden. Ihr Kommandeur, Generalmajor Julius Ringel (1889 bis 1967) befahl 1941 aufgrund des (für die deutsche Führung völlig überraschenden) Widerstands der kretischen Bevölkerung: „(…)für jeden deutschen Verwundeten oder Gefallenen zehn Kreter zu erschießen, Gehöfte und Dörfer, in denen deutsche Truppen beschossen werden, niederzubrennen, in allen Orten Geiseln sicherzustellen."[2] Angesichts dieser kriegerischen Tüchtigkeit erhielt Ringel im Juni 1941 das Ritterkreuz und zwei Jahre später „zum 10. Jahrestag der „Machtergreifung" das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP.[3] Ringel verbrachte seine Pension in Bad Reichenhall, wo er 1967 verstarb, ohne sich je für die unter seinem Kommando verübten Gräueltaten verantworten zu müssen. Auf Kreta wurde das „Axiom von der Kollektivhaftung der Bevölkerung" zum ersten Mal angewandt.[4] Diese Vergeltungs-Morde lagen zeitlich vor den Massenliquidationen der Wehrmacht und der SS in der Sowjetunion und Serbien. Viele dieser Vergeltungsaktionen (z. B. Kandanos), bei denen tausende Zivilist_innen ermordet und zahlreiche Dörfer zerstört wurden, sind bis heute weder aufgearbeitet noch wurden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen.

Die Zerstörung der Ortschaft Skines und die Erschießung von 148 kretischen Zivilist_innen am 1. August 1941 ist hingegen den „Gebirgsjägern" der 5. Division durch den eigenen „Tätigkeitsbericht" nachzuweisen: „Auf Befehl des Kdt. d. Fest. Kreta wird im Westteil der Insel eine Sonderaktion gegen Freischärler durchgeführt.

Sie erfasst die Orte Alikianu,Skines, Furnes, Prasses, Meskla. (…) Der Leiter des Unternehmens ist Major Friedmann, Kdr. II/G.J.R. [Gebirgsjäger Regiment] 100. Wegen Freischärlerei, Fledderei oder unerlaubten Waffenbesitzes wurden vom Standgericht abgeurteilt und erschossen: 146 männliche und 2 weibliche Personen. Bei Einschließung der Ortschaft Skines wird gegen die Truppe gefeuert. Als Vergeltungsmaßnahme wird Skines niedergebrannt."[5]

Wie in Kandanos wurden in Skines die Häuser zerstört und die Menschen mussten ihre Häuser und Felder bis zum Ende der Besatzung verlassen. Nach dem Krieg bauten die nach Skines zurück gekehrten Einwohner_ innen an der Kreuzung nach Alikianos ein Denkmal für die „von den Deutschen erschossenen Widerstandskämpfer aus den umliegenden Gemeinden."[6] Noch heute ist die Traditionspflege der Bundeswehr in großen Teilen ungebrochen. Dies macht sich nicht nur an deren Beiteiligung am „Kreta-Gedenken" bemerkbar sondern auch dadurch, dass die Bundeswehrkaserne in Bad-Reichenhall nach dem Nazigeneral „Rudolf Konrad" benannt ist. Konrad bekannte angesichts der Verbrechen der Deutschen Wehrmacht und SS: „Dem Führer gehört unsere ganze Hingabe." In dem vom nationalsozialistischen Vernichtungswahn getriebenen Feldzug hat Konrad auf der Krim „ganze Ortschaften südlich der Linie Karassubasar-Suja samt Zivilisten in Grund und Boden bombardieren lassen".[7]

Als Dekoration der von den Nazis erbauten General-Konrad-Kaserne prangt ein einige Meter großes nationalsozialistisches Wandgemälde, direkt über dem Haupteingang. Direkt daneben hängt ein steinerner Reichsadler an der Fassade, bei dem lediglich das Hakenkreuz durch ein Edelweiß ersetzt wurde.

Krieger des Lichts

In der deutschen Geschichtspolitik haben sich vielfältige Strategien herausgebildet, eine positive Identifikation mit Nation und Militär zu schaffen. Während beispielsweise in Mittenwald und Bad Reichenhall noch recht unverhohlen die Taten der nationalsozialistischen Gebirgstruppe glorifiziert werden, hat sich in weiten Teilen der Parteienlandschaft eine Lesart etabliert, nach der gerade aus den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands eine Verantwortung für das „geläuterte" Deutschland und seine Armee erwächst. Eben durch dieses Eingeständnis deutscher Schuld, inszeniert sich hier eine Nation, die aufgrund ihrer schonungslosen und „schmerzhaften" Aufarbeitung der eigenen Geschichte dafür prädestiniert sei, Ähnliches zu verhindern, im Zweifelsfall durch militärische Intervention. So begründete etwa Joschka Fischer die deutsche Beteiligung am Kosovokrieg, mit dem Verweis auf den Holocaust. Nicht trotz, sondern gerade wegen Auschwitz führt Deutschland heutzutage Krieg. Die profane Feststellung übrigens, dass die Bundeswehr tatsächlich weniger aus dieser vorgeblichen moralischen Verantwortung heraus agiert, sondern um die Interessen des Standorts Deutschland auf dem Weltmarkt zu sichern und durchzusetzen, kann im Zuge dieser Inszenierung selbst einen Bundespräsidenten das Amt kosten.[8]

Einher mit der neuen Rolle dieses „geläuterten" Deutschlands geht eine intensive Kampagne der Militarisierung der Gesellschaft durch öffentliche Gelöbnisse oder auch massive PR-Kampagnen an Schulen, Jobcentern und Universitäten, in denen sich die Bundeswehr als sicherer Arbeitgeber in Krisenzeiten präsentiert. Im Zuge der Umstrukturierung zur Berufsarmee, will die Bundeswehr zudem künftig stärker um Geringqualifizierte werben, um ihren Personalbedarf an den niedrigen Rängen zu decken. Darüber hinaus wird und wurde wiederholt versucht, die Möglichkeiten des Einsatz des Bundeswehr im Inneren auszuloten. Während dem aktuell noch ein verfassungsrechtlicher Riegel vorgeschoben scheint, kommt es doch immer wieder zu Einsätzen der Armee im Dienste der „inneren Sicherheit", etwa bei der Überwachung linker Aktivist_innen bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm durch Spähpanzer und Tornado-Flugzeuge oder dem Einsatz von „Feldjägern" gegen Antimilitarist_innen beim Gelöbnis auf dem Münchner Marienplatz.

Die Opfer, der Held und das andere Deutschland

Eine wichtige Funktion in der deutschen Aufarbeitungs- und Geschichtspolitik, erfüllen Strategien zur moralischen Entlastung der Nation. So wird einerseits die deutsche Schuld eingestanden. Doch viele der Protagonist_innen des staatsoffiziellen Gedenkens vergessen dabei nicht, auch auf die deutschen Toten, auf das „deutsche Leiden" zu verweisen. Undifferenziert wird dann den Opfern von

Krieg und Gewaltherrschaft gedacht, unter die kontextlos sowohl die Angehörigen der nationalsozialistischen Armee, als auch die von ihnen Ermordeten subsumiert werden.

Als Beispiel kann hier etwa das Gedenken an die Toten der alliierten Bombardements deutscher Städte angeführt werden. (...)

Bad Reichenhall – Wo die Zeit Urlaub macht

An dem geschichtsrevisionistischen „Kreta-Gedenken“ der „Selbsthilfegruppe von Kriegsverbrechern“,[9] dem Kameradenkreis der Gebirgstruppe, nimmt neben Vertreter_ innen der Bundeswehr





auch der Oberbürgermeister der Stadt Bad Reichenhall teil. Das zeugt davon, dass eine kritische Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Wehrmacht in Bad Reichenhall bislang noch nicht stattgefunden hat. Im Gegenteil: Militarismus und Geschichtsrevisionismus scheinen all gegenwärtig. Dies zeigt auch ein Zitat von Georg Ringsgwandl, welcher in Bad Reichenhall aufwuchs:

„Ich erinnere mich schmerzhaft an die Zeiten als Kind, als man meinen Vater, der im Krieg mehrfach wegen ‚ehrenrührigen Verhaltens‘ und Befehlsverweigerung degradiert worden war, in der Nachkriegszeit oft auf der Straße zur Rede stellte. Das waren Nazis und Militärs, auch General Ringel, der in der BRD komfortabel seine Pension verlebte und sich dann aus der Affäre zog mit dem Argument, dass mein Vater den gebotenen Anstand vermissen lasse.“[10] Kein Wunder, dass sich in einem solchen Klima Militarist_innen, Rechtskonservative,[11] Rechtspopulist_innen,[12] sowie Altund Neonazis wohl fühlen und schon fest zum Ortsbild gehören. In einer Stadt, in der Vorträge zum Thema Antisemitismus im örtlichen Haus der Jugend untersagt werden[13] und sich der Schulrektor nicht einmal entschuldigt, wenn als „Panne“ bei einem Festakt zur „deutsch-französischen Freundschaft“ „Deutschland, Deutschland über alles“ aus den Lautsprechen tönt,[14] erregt das rechte Treiben nur in Ausnahmefällen Aufsehen. Zum Beispiel als 1999 ein Jugendlicher, dessen Zimmer voll mit NS-Devotionalien war, Amok lief und vier Menschen und sich selbst erschoss.[15]

Als am 20./21. Oktober 2007 das Bundestreffen der nazistischen „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ in Bad Reichenhall statt fand gab es jedoch keine Proteste. Genauso wenig gibt es Widerstand, wenn Neonazis in Bad Reichenhall Kundgebungen und Horst Wessel-Feiern[16] organisieren oder sich die NPD zum monatlichen Stammtisch (z.T. Mit NPD-Größen wie Holger Apfel) im lokalen Gasthaus trifft. Die seit Jahrzehnten stattfindende jährlichen SS-Gedenkfeier (am 8.Mai in Karlstein/Bad Reichenhall zu Ehren der SS-Division “Charlemagne“) wurde erst 2006 in den Medien kritisch beachtet, als bei Polizeikontrollen neben Hakenkreuzfahnen auch Sprengmittel, Pistolen, Rauchbomben und andere Waffenteile bei den ca. 130 anwesenden Alt- und Neonazis (u.a. aus Deutschland, Frankreich, Italien und Dänemark) beschlagnahmt wurden. Trotzdem können sich Alt- und Neonazis weiterhin ungestört treffen. Während am 8.5.2010 in München tausende Menschen einen Neonaziaufmarsch durch Blockaden verhindert, konnte am selben Tag in Bad Reichenhall ungestört das neonazistische SS-Gedenken stattfinden[17] und wir befürchten dies auch für 2011.

Wir finden es reicht – Bad Reichenhall muss endlich entnazifiziert und entmilitarisiert werden!!!

Anmerkungen:

1 2011 soll die Kreta Gedenkfeier am Di, 17.5. ab 11.00 Uhr stattfinden

2 Europa unterm Hakenkreuz, Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938 – 1945, Hrsg.: Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), Band 6, Seite 157

3 vgl. Knab, 2007; Ringel verbrachte im übrigen auch seinen Ruhestand in Bad Reichenhall

4 Fleischer, Hagen: Schuld ohne Sühne: Kriegsverbrechen in Griechenland, in: Wette, Wolfram/ Überschär, Gerd (Hg.): Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert, Darmstadt 2001, 208.

5 BA-MA, RH 28-1/ 6, Tätigkeitsbericht der 5.Geb. Div. vom 1.8.194 – 15.3.1942, Blatt 105 ff. Seite 2 des Berichtes (ohne Paginierung).

6 Vgl. Inschrift des Denkmals, insgesamt 141 Opfer werden genannt: Gemeinde Fournes 45, Skines 32 (Nördliche Ortschaften:) Alikianos 13, Koufos 5, Vatolakkos 17, (Westlich Ortschaften:) Nea Roumata 5, Prases 12, (Südliche Ortschaften:) Orthouni 9, Karanos 2, Meskla 1; vgl. Fohrer, Eberhard Kreta, Erlangen 2001, 552; vgl. Komitee der Verlegung des „Schwarzbuches der Besatzung“ (Hg.): Schwarzbuch der Besatzung, Athen, [1999], 42: 1.8.1941 Holocaust von Alikiano. 118 Personen; vgl. Schramm, Ehrengard: Ein Hilfswerk für Griechenland, Göttingen 2003, 105, Xylander, Maren von: Die deutsche Besatzungsherrschaft, 24; vgl. Beevor, Antony: Crete – The Battle and the Resistance, London 1991, 237.

7 Jakob Knab: Falsche Glorie. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr. Berlin 1995.

8 So trat Horst Köhler kurz nach seiner Einschätzung „dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen.“ aufgrund medialer Kritik zurück., da er durch diese sein Ansehen beschädigt sah.

9 3Sat: Kulturzeit vom 10.07.2009

10 Gerald Lehner: KASERNE BAD REICHENHALL SCHMUTZIGER KRIEG UNTER DEM EDELWEISS. In: Im Schatten der Mozartkugel

11 „Die rechtskonservative Vierteljahreszeitschrift „Epoche“ erschien von Januar 1977 bis Juli 2001 mit 149 Ausgaben. Aufgrund von finanziellen Unregelmäßigkeiten des als Förderverein konzipierten „Verbandes für Publizistik und Jugendbildung Epoche e. V.“ mit Sitz in Bad Reichenhall geriet das Magazin in die Krise und wurde eingestellt. Über Jahre hatte Karl Ludwig Bayer, der Vereinsvorsitzende, in die Vereinskasse gegriffen. Die Zweite Strafkammer am Landgericht Traunstein verurteilte den Herausgeber der Epoche im Juli 2003 zu zwei Jahren und zwei Monaten Haft. Insgesamt 766 Fälle von Untreue am Vereinsvermögen (410.000 Euro), Steuerhinterziehung in Höhe von 405.000 Euro sowie 1.105 Fälle zu Unrecht ausgestellter Spendenquittungen (Gesamtschaden 825.000 Euro) wurden dem rechten Saubermann angekreidet. Seitdem hat der Förderverein seine Adresse nach Österreich verlegt und alle öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten zurückgefahren“ antifaschistische nachrichten: Grenzgänger am rechten Rand, Nummer 23 / 2004

12 Die rassistischen und rechtspopulistischen Republikaner gelten im Berchtesgardener Land schon als „normal“. Unter Vereine und Verbände verlinkt die Stadt Bad Reichenhall zu den Republikanern. Der Bad Reichenhaller Tilo Schöne (Beisitzer im Bundesvorstand) sitzt für die Republikaner im Kreistag.

13 Vgl. Stadt Reichenhall lässt Vortrag zum Thema Antisemitismus nicht zu, Reichenhaller Tagblatt vom Mittwoch, 8. März 2006 und http://www.hagalil.com/archiv/2006/03/reichenhall.htm)

14 Vgl. u.a. Ein Festakt mit Folgen, Reichenhaller Tagblatt, 27.01.2003

15 Das Zimmer des 16-jährigen Täters war voll von NS-Devotionalien. „Unter anderem hing in Danielas Zimmer ein Hitlerbild, Martin hatte am Kopfende seines Bettes ein Hakenkreuz an die Wand gemalt. Daneben wurden in der ganzen Wohnung Musik-CDs mit rechtsradikalen Liedern sowie Gewaltvideos gefunden.“ DER SPIEGEL 45/1999

16 An der Horst Wessel-Feier am 27.02.2010 in Bad Reichenhall nahmen u.a. Neonazis aus Rosenheim und Franken teil. Über das Saufgelage zu Ehren des SA-Sturmführer Horst Ludwig Wessel berichtet ein Teilnehmer: „Für einen kleinen Obolus von 10 Euro waren Essen und Trinken frei ... und es wurde sowohl viel gegessen als auch getrunken.“

17 Unter den 40 Teilnehmer_innen befand sich neben dem lokalen NPD-Kreisvorsitzenden Uwe Brunke auch Edda Schmidt (Baden-Württemberg), die Bundesvorsitzende des Ring Nationaler Frauen (Frauenorganisation der NPD).

Publiziert am 8. April 2011
von Pressesprecher
http://badreichenhall.org/ ■

Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal lädt ein

Hamburg. Seit einigen Jahren, viel zu spät, erinnert eine Tafel am Höltigbaum in Rahlstedt an die Verbrechen der nationalsozialistischen Wehrmachtsjustiz.

Hier auf dem ehemaligen Schießstand des Standortübungsplatzes Höltigbaum wurden von 1940 bis zur Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 junge Soldaten erschossen, die wegen „unerlaubten Entfernens von der Truppe", „Fahnenflucht" oder „Feigheit vor dem Feind" zum Tode verurteilt worden waren.

Wie viele Menschen insgesamt am Höltigbaum ihr Leben lassen mussten, ist unbekannt. Erschreckend hoch ist die Zahl der Hinrichtungen noch in den letzten Kriegstagen: 43 im März und 42 im April 1945. Wie blindwütig die Wehrmachtsjustiz operierte, zeigt die hohe Gesamtzahl ihrer Opfer: 50.000 Todesurteile, von denen 30.000 vollstreckt wurden.

In der Nachkriegszeit, in Zeiten des „Kalten Krieges", waren Kriegsdienstverweigerer und Deserteure gesellschaftlich geächtet und wurden als gewissenlose Feiglinge verhöhnt. Eine Rehabilitierung fand erst sehr spät statt. Erst im Mai 2002 wurden die Urteile für Wehrmachtsdeserteure vom deutschen Bundestag für Unrecht erklärt, und fünf Jahre später rehabilitierte das hohe Haus endlich auch die wegen „Kriegsverrat" Verurteilten.



Dieser Anerkennung war ein jahrelanges Ringen, ausgehend von der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, vorausgegangen. Ludwig Baumann, 1942 zum Tode verurteilt, später zu 12 Jahren Zuchthaus begnadigt", sagte einmal treffend: „Was kann man Besseres tun, als auch in Zukunft den Krieg – und zwar jeden Krieg – zu verraten!"

Die Tafel am Höltigbaum allein kann die Stadt Hamburg aber nicht aus ihrer Pflicht entlassen, für die von der Militärjustiz verurteilten und hingerichteten Soldaten und Zivilpersonen auch in Hamburg ein Denkmal zu errichten.

Wir laden ein, zu einer Gedenkveranstaltung am Freitag, 29. April 2011, 18 Uhr, Rahlstedt: Sieker Landstraße/ Ecke Neuer Höltigbaum

Es sprechen voraussichtlich Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, und Uwe Storjohann, der von November 1944 bis Mitte Januar 1945 in der nahe gelegenen Graf-Goltz-Kaserne Rekrut war. Anschließend Niederlegung von Kränzen und Blumen.

Dem Bündnis gehören an: Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V.; Deutsche Friedensgesellschaft – Internationale der Kriegsdienstgegner e.V. (DFG-IdK); Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); Hamburger Bündnis gegen Rechts; Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.; Kuratorium Gedenkstätte Ernst Thälmann e.V., Hamburg; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. (VVN-BdA), Landesverband Hamburg; Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V.

Regierung lockert Lagerpflicht nur ein wenig

Bayern. Am 12. April haben die Fraktionen von CSU und FDP bekannt gegeben, dass sie „Neue Fortschritte in der Asylpolitik" erzielt haben. Danach erhalten Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen die Erlaubnis, aus den bayerischen Flüchtlingslagern auszuziehen. Zudem werde nun der „Asylkompromiss" von CSU und FDP vom Mai 2010 mit einer vorläufigen Regelung umgesetzt – im Vorgriff auf die Änderung des bayerischen Aufnahmegesetzes, die in den nächsten Wochen und Monaten debattiert und entschieden werden wird.

Der Bayerische Flüchtlingsrat begrüßt, dass die FDP nun auch in Bayern durchgesetzt hat, dass Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis nicht mehr in Lagern leben müssen. Zu Recht stellen CSU und FDP fest, dass diese ca. 400 Personen eine längerfristige Aufenthaltsperspektive haben und sie deshalb nicht durch die Unterbringung in Lagern zur Ausreise gedrängt werden dürfen. Der sog. „Asylkompromiss" und seine Umsetzung lassen jedoch aus Sicht des Bayerischen Flüchtlingsrats zu wünschen übrig. Familien mit Kindern dürfen erst nach Abschluss des ersten Asylverfahrens aus den Lagern ausziehen, also nach 2-3 Jahren. Alle anderen erst nach 6 -7 Jahren, da sie zusätzliche 4 Jahre warten müssen.

Von der Erlaubnis, aus den Lagern auszuziehen, werden grundsätzlich Flüchtlinge ausgenommen, die z. B. wegen Verstößen gegen die Residenzpflicht zu Geldstrafen von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt wurden. Dadurch wird nur ein kleiner Teil der Flüchtlinge, die zum Leben in Lagern gezwungen sind, eine Erlaubnis zum Auszug erhalten.

Die Situation in den bayerischen Flüchtlingslagern hat derzeit dramatische Ausmaße angenommen. Durch den Anstieg der Zahl der AsylbewerberInnen in Bayern sind die Erstaufnahmeeinrichtungen und die ca. 115 Flüchtlingslager zum Bersten überfüllt. Die Bezirksregierungen suchen händeringend nach neuen Lagerstandorten, um ihrer Unterbringungspflicht nachkommen zu können.

Eine generelle Abschaffung der Lagerpflicht würde hier schnelle Entlastung bringen, da dann viele Flüchtlinge aus den Lagern ausziehen und Platz für die neu angekommenen schaffen würden. Dann wären auch Modelle für die dezentrale Unterbringung, wie von den Landkreisen Coburg und Landshut vorgeschlagen, umsetzbar.

„Fast auf den Tag genau 2 Jahre ist es her, dass 30 ExpertInnen im Rahmen einer Landtagsanhörung der bayerischen Staatsregierung die Leviten gelesen haben. Mediziner, Rechtsanwälte, Flüchtlinge, VertreterInnen von Wohlfahrtsverbänden und Flüchtlingsorganisationen, sowie von Städten und Landkreisen haben einstimmig die Abschaffung oder die Begrenzung der Lagerpflicht gefordert. Doch die CSU fischt lieber Stimmen am rechten Rand, als ihre überkommene Flüchtlinge-raus-Politik zu revidieren", kritisiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats.

„Flüchtlinge sind kein Frachtgut.Doch Sozialministerin Haderthauer lagert sie lieber jahrelang ein, als ihrer Verpflichtung nachzukommen, Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen."

Weitere Informationen: www.fluechtlingsrat-bayern. de ■

Nana verschwunden!

In den Kosovo abgeschoben? Wie mit Roma geplant!

HANNOVER. Viele Pendler/innen und Passant/innen bleiben am Morgen des 8. April verwundert am hannoverschen Leineufer stehen. Sie trauen Ihren Augen nicht: Eine der drei Nanas, eine besondere Attraktion der niedersächsischen Landeshauptstadt, ist verschwunden. Aber warum? Und wo wurde sie hingebracht?

Sie ist nicht die einzige, die in einer Nacht- und Nebelaktion aus ihrer gewohnten Umgebung herausgerissen wurde. Ebenso widerfährt es immer wieder Menschen, die aus Deutschland abgeschoben werden. Unter ihnen auch immer mehr Angehörige der Romaminderheiten, die aus dem Kosovo vor Pogromen während des Bürgerkriegs nach Deutschland geflohen waren.

Im April 2010 hat die deutsche Regierung ein Rückübernahmeabkommen mit der kosovarischen Regierung abgeschlossen, wonach in den kommenden vier Jahren jährlich 2.500 Menschen aus Deutschland in den Kosovo abgeschoben werden sollen. Die Menschen, gegen deren Abschiebungen sich neben zahlreichen Menschenrechtsorganisationen auch der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ausspricht, haben im Kosovo keine Perspektiven:

Der Antiziganismus ist ungebrochen, massive Diskriminierung alltäglich, Roma leben in Slums und Lagern ohne Wasser und Stromversorgung, ihre früheren Häuser sind mittlerweile von anderen bewohnt, die Erwerbslosenquote liegt bei über 90 %.

Vor dem Hintergrund jahrhundertelanger Vertreibungen von Roma und Sinti und von 500.000 Roma und Sinti, die im Nationalsozialismus in den Konzentrationslagern umgebracht wurden, sind die Abschiebungen der Roma nicht hinnehmbar. „Verantwortung für die Verbrechen im Nationalsozialismus zu übernehmen, hieße konsequent für ein menschenwürdiges Leben von Roma in Deutschland einzutreten – das Gegenteil ist der Fall“, so Sylke Grothe, Sprecherin der künstlerischen AktivistInnen, die für das spektakuläre Verschwinden der Nana verantwortlich zeichnet.

So wie die Nana zum Stadtbild gehört und von vielen lieb gewonnen wurde, so werden auch die Menschen, die in den Kosovo abgeschoben werden sollen, schmerzlich vermisst werden. „Würden – wie bislang geplant – 10.000 Roma, Ashkali und Kosovo-ÄgypterInnen in den Kosovo abgeschoben, würden sie in Deutschland ebenso fehlen, wie die Nana am Leineufer: In den Schulklassen, als NachbarInnen, auf den Spielplätzen, als Teil der Stadtgesellschaft“, so Sylke Grothe.

Die Verantwortlichen in Innenministerium und Ausländerbehörden sind der Meinung, dass ein Aufenthalt in Deutschland von häufig über 10 Jahren nicht zum Bleiben berechtigt. Die Gruppe um Sylke Grothe sagt: Doch! Sie fordern Bewegungsfreiheit und freie Wohnortwahl für alle, egal ob Roma, Nana oder Uwe!

Das spektakuläre Verschwinden der Nana ist Teil einer Aktion, die anlässlich des Internationalen Tags der Roma am 8. April auf den heute noch ungebrochenen Antiziganismus aufmerksam machen will und für ein Bleiberecht der Roma, Ashkali und Kosovo-ÄgypterInnen in Deutschland eintritt. Die Nana wird erst wieder zurückkommen, wenn das Bleiberecht für die Angehörigen der Romaminderheiten aus dem Kosovo gesichert ist. Herr Schünemann muss nun handeln.

Antirassistisches Plenum Hannover ■



Verschwunde Nana am Leineufer in Hannover


Nana, abgeschoben in den Kosovo

Abschiebung erfolgreich verhindert

FRANKFURT. Um 9:30 Uhr sollte ein somalischer Flüchtling im Rahmen eines Dublin Verfahrens nach Malta abgeschoben werden. Die Überstellungsfrist endete am 5.4. Eine Gruppe von ca. 10 Personen sammelte sich am Morgen für eine Protestaktion und verteilte Flyer gegen die Abschiebung am Frankfurter Flughafen. Die Protestaktion führte zum Abbruch der Abschiebung, der Pilot weigerte sich den jungen Somalier mitzunehmen. Dieser erfolgreiche Protest ist der erste seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Versammlungsfreiheit auf Flughäfen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Aktion wurden zwar von der Flughafensecurity aufgefordert die Aktion zu unterlassen, die Polizei wurde aber nicht gerufen. Die Security forderte die vorherige Anmeldung der Aktionen und nahm die Personalien einer Teilnehmerin auf. Ob dieses Vorgehen der Security rechtmäßig war, ist fraglich.

Die erfolgreiche Aktion zeigt wie wichtig das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22.2.2011 für den Protest gegen Abschiebungen ist. Die Flughafenbetreiber können sich seit dem Urteil nicht mehr umstandslos auf ihr Hausrecht berufen, um die Protestaktionen zu verhindern.

www.proasyl.de ■

Wer von einer geplanten Abschiebung über den Frankfurter Flughafen erfährt, sollte das so schnell wie möglich der Frankfurter Abschiebungsverhinderungsgruppe mitteilen. Je früher Informationen vorliegen, umso besser können Aktionen vorbereitet werden: abschiebungverhindernffm@lists.riseup.net

Öffnung des Arbeitsmarkts für Flüchtlinge

NIEDERSACHSEN. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen begrüßt die Forderung des innenpolitischen Sprechers der FDP, Jan Christopf Oetchen, Flüchtlingen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt einzuräumen Nach unserer langjährigen Erfahrung bewirken das bestehende einjährige Arbeitsverbot und die anschließende unbefristete Vorrangprüfung einen weitgehenden Ausschluss der Asylsuchenden vom Arbeitsmarkt. Es ist nicht nur unmenschlich, sondern auch anachronistisch und integrationspolitisch unsinnig, wenn beispielsweise einer seit über vier Jahren in Deutschland lebenden 19-jährigen Frau im Landkreis Lüchow-Dannenberg eine Ausbildung als Arzthelferin mit der Begründung verweigert wird, es ständen „bevorrechtigte“ Auszubildende zur Verfügung. Abgelehnte, aber geduldete Flüchtlinge sind zwar nach einer vierjährigen Wartezeit grundsätzlich auf dem Arbeitsmarkt mit den Einheimischen gleichgestellt. Der lange Ausschluss und die oftmals verweigerte Sprachkursteilnahme stellen jedoch eine nur schwer kompensierbare Benachteiligung dieser Personengruppe vor. Die erzwungenen Arbeitslosigkeit bewirkt eine Dequalifizierung der Betroffenen, die oftmals eine nachholende Qualifizierung und Unterstützung erforderlich macht.

Integration muss am ersten Tag beginnen. Statt Flüchtlinge auszugrenzen und zur Inanspruchnahme staatlicher Alimente zu zwingen, sollte man ihnen von Beginn an die Möglichkeit einräumen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit zu bestreiten.

Quelle Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Suizids eines Flüchtlings aus Nepal

HANNOVER. DIE LINKE im Landtag wird die Umstände und Hintergründe des Suizids eines Flüchtlings aus Nepal zum Thema im Landtag machen. Der 40-jährige Mann war im Lager Meinersen bei Gifhorn untergebracht gewesen und hatte sich am 1. März vor einen Zug gestürzt. „Wir wollen wissen, welche Rolle die Ausländerbehörde in Gifhorn in diesem Fall gespielt hat“, sagte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Pia Zimmermann. Aus ihrer Sicht spricht vieles dafür, dass die Behörde den Mann in den Tod getrieben hat. So hatte sie die Bitte des Verwaltungsgerichtes Braunschweig abgelehnt, seine Abschiebung auszusetzen. Weil der Nepalese Vater eines in Deutschland geborenen Sohnes war, zu dem er regelmäßigen Kontakt pflegte, hätte er niemals abgeschoben werden dürfen. „Das skandalöse Handeln der Ausländerbehörde in Gifhorn muss Konsequenzen nach sich ziehen“, forderte Zimmermann. Zudem verlangte sie eine unverzügliche Schließung des seit Jahren in der Kritik stehenden Flüchtlingslagers in Meinersen. Dort lebende Flüchtlinge klagen seit langem über schlechte Lebensbedingungen, soziale Isolation und Schikanen durch die zuständige Ausländerbehörde in Gifhorn. „Die Landesregierung darf diese unerträgliche Situation nicht länger nur schweigend zur Kenntnis nehmen“, so Pia Zimmermann.

Quelle DIE LINKE. Fraktion im Niedersächsischen Landtag 31.3.2011 ■

Europäisches Trauerspiel: Keine Solidarität bei der Flüchtlingsaufnahme

PRO ASYL kritisiert die populistischen Debattenbeiträge des Bundesinnenministers Friedrich zur Aufnahme und möglichen Verteilung von Bootsflüchtlingen in Europa. „Friedrich ist noch nicht in Europa angekommen. Seine Äußerungen sind nationalstaatlich borniert und vom Gedanken der Flüchtlingsabwehr geprägt“, so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL. Aus Sicht des Bundesinnenministers sind die Außenstaaten „am Zug“. Die Bereitschaft der Bundesregierung als „Zeichen der Solidarität“ 100 anerkannte Flüchtlinge aus Malta aufzunehmen, ist ein äußerst bescheidener Beitrag. Noch am 5. April 2011 wollten die deutschen Behörden einen somalischen Flüchtling über den Frankfurter Flughafen nach Malta abschieben. „Dieses zynische Spiel, eine paar Flüchtlinge aufzunehmen und ansonsten weiter nach Malta und Italien abzuschieben, muss aufhören“, so Kopp.

PRO ASYL fordert, dass Deutschland alle Abschiebungen nach Italien und Malta im Rahmen der europäischen Asylzuständigkeitsregelung , der sogenannten Dublin II-Verordnung, einstellt.

PRO ASYL ist in großer Sorge um Leib und Leben Tausender in Libyen gestrandeter Transitflüchtlinge, die aus den Krisenländern Afrikas wie Eritrea, Somalia und Sudan stammen und nun um ihr Überleben kämpfen. Erst letzte Woche sind über 150 Bootsflüchtlinge auf der Flucht aus Libyen ertrunken. Hätte Europa nicht nur von Solidarität geredet, sondern frühzeitig gehandelt, hätten diese Männer, Frauen und Kinder nicht sterben müssen.

PRO ASYL appelliert an die Bundesregierung, alles zu tun, um die noch in Libyen festsitzenden Flüchtlinge zu retten. Sie müssen evakuiert werden und in Europa Schutz finden. Deutschland sollte großzügig die Aufnahme eines Teils dieser Flüchtlinge zusichern. Die EU muss sicherstellen, dass die Zurückweisung und das Abdrängen von Bootsflüchtlingen aufhören. Bootsflüchtlinge haben das Recht auf eine menschenwürdige Aufnahme in einem sicheren europäischen Hafen und auf ein rechtsstaatliches Asylverfahren. Im Falle einer verstärkten Fluchtbewegung aus Libyen oder anderen nordafrikanischen Staaten sollte eine EU-weite Verteilung der neu ankommenden Schutzsuchenden nach humanitären Kriterien erfolgen. Europa verfügt über rechtliche Instrumentarien, um nach dem Prinzip der „doppelten Freiwilligkeit“ – der Schutzsuchende und der jeweilige Aufnahmestaat stimmen zu – eine solidarische Aufnahme zu gewährleisten.

Quelle Presseerklärung PRO ASYL Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V ■

Sudanesische Flüchtlinge protestieren beim UNHCR

Vor wenigen Tagen haben sudanesische Flüchtlinge aus Niedersachsen, die sich im Asylverfahren befinden und z.T. im Lager Braunschweig (u.a. Erstaufnahmeeinrichtung) leben, eine Protestnote an den UNHCR geschickt. Die sudanesischen Asylbewerber stellen darin fest, dass im Sudan die Menschenrechte massiv verletzt werden und die Regierung durch den kriminellen Omar Hassan Ahmed Al Bashir kontrolliert wird. Obgleich dies vom UN-Menschenrechtskommissar bestätigt wird, leugne die deutsche Regierung diese Fakten. Die sudanesischen Flüchtlinge werfen der Bundesregierung vor, dass Asylverfahren nicht nach humanitären Gesichtspunkten sondern nach politischem Interesse entschieden würden. Sie hätten somit nur drei Möglichkeiten:

1. Während des Wartens auf eine Asylentscheidung langsam das Leben zu verlieren
2. In den Sudan zurückzukehren und dann schnell das Leben zu verlieren
3. Die eigene Lebenssituation versuchen zu verbessern, in dem man sich in einen Bereich illegaler Aktivitäten begibt.

Im September 2010 haben sich zehn sudanesische Asylsuchende in Braunschweig getroffen. Sie haben festgestellt, dass die Lebenssituation der AsylbewerberInnen inakzeptabel ist durch z. B. Arbeitsverbot und Residenzpflicht.

Die sudanesischen Flüchtlinge erklären, dass sie sich hier verfolgt und diskriminiert fühlen und als Kriminelle betrachtet werden und nicht als Schutzsuchende. „Wir suchen Schutz vor dem Beschützer (der deutschen Regierung)“, heißt es in der Protestnote.

Die sudanesischen Flüchtlinge in Niedersachsen fordern die Menschenrechte für sich ein, um ein Leben in Freiheit und Würde führen zu können. Sie bitten den UNHCR an Stelle der deutschen Behörden ihre Asylanträge zu bearbeiten.

Quelle Flüchtlingsrat Niedersachsen 13.4.2011 ■

Aus Libyen und Tunesien versuchen Menschen über das Mittelmeer in die EU zu fliehen, um Krieg, Bürgerkrieg, politischer Instabilität und Perspektivlosigkeit zu entkommen. Bundesregierung und Europäische Union haben keine menschenrechtlich angemessene Antwort auf diese Fluchtbewegung, sondern reagieren mit weiterer Abschottung. Dagegen fordert DIE LINKE die konsequente Umsetzung einer humanitär orientierten Flüchtlingspolitik in der EU und einen solidarischen Mechanismus für die Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten. In der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 13.4. zum Thema „Aufnahme von vom UNHCR anerkannten Flüchtlingen aus Libyen in Deutschland" hielt Ulla Jelpke dazu die folgende Rede:

Rede von Ulla Jeplke, MdB DIE LINKE, im Bundestag:

Offene Grenzen für Menschen in Not

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Horrorbilder der Flüchtlingsboote aus Nordafrika und insbesondere aus Libyen, die hier schon beschrieben wurden, kennen wir alle. Ich möchte betonen, dass inzwischen mehrere Hundert Menschen dabei ums Leben gekommen sind. Erst am letzten Wochenende ist ein Boot mit 170 Menschen an Bord gesunken; wahrscheinlich sind alle tot.

Die meisten Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet steuern derzeit Malta und Italien an. Diese Flüchtlinge kommen meistens aus Eritrea und Somalia; diese hatte im Übrigen der Diktator Gaddafi nicht nach Europa durchgelassen. Es war das EU-Mitglied Italien, das mit Gaddafi einen schmutzigen Deal zulasten dieser Menschen geschlossen hat, und zwar mit dem Segen aller EU-Staaten, das muss man hier einmal ganz deutlich sagen, die Gaddafi ständig aufgefordert haben, die Flüchtlinge aufzuhalten, wohl wissend, dass diese Flüchtlinge dann Opfer von Gewalt und Willkür in den Haftanstalten, die der Kollege Veit eben beschrieben hat, wurden.

Auch ich war mit in Libyen und konnte sehen, wie dort die Flüchtlinge untergebracht wurden. Die EU-Abschottungsagentur Frontex hat Italien im Übrigen aktiv dabei unterstützt. Die Bundespolizei hat sich an diesen skandalösen Verletzungen des internationalen Flüchtlingsrechts beteiligt.

Es ist an Zynismus nicht zu überbieten, dass sich der Bundesinnenminister heute dafür preisen lässt, ganze 100 Flüchtlinge aus Malta in Deutschland aufzunehmen. Es war das BMI, also das Bundesinnenministerium, das sich auf den EU-Ratstagungen regelmäßig gegen solidarische Verteilungsmechanismen für Schutzsuchende aus nordafrikanischen Ländern zur Wehr gesetzt hat.

Es waren die deutschen Innenminister, die jede weitere Verbesserung des Asylrechts in der EU blockiert haben. Es ist dasselbe Ministerium, das mit Folterstaaten, zum Beispiel mit Syrien, Rückabnahmeabkommen abschließt und somit erleichtert, dass die Menschen abgeschoben werden können. Ich denke, Herr Minister, Humanität sieht wirklich anders aus.

Auch an die Grünen: Es ist natürlich ehrenwert, jetzt hier diese Debatte zu führen. Ich halte sie auch für ausgesprochen notwendig. Aber wenn jemand auf der einen Seite danach schreit, Soldaten nach Libyen zu schicken, und damit die Eskalation des Krieges vorantreiben will, denn Krieg ist eine Ursache für viele Flüchtlinge, und auf der anderen Seite hier in Deutschland danach ruft, mehr Humanität für Flüchtlinge walten zu lassen, dann hat das für mich einen gewissen Zynismus; das muss ich ganz ehrlich sagen.

Doch wie sieht jetzt die neueste Antwort der EU aus? Ganz einfach: Es soll so weitergehen wie bisher.

Unter der Koordination von Frontex liegt der Schwerpunkt im Abfangen und Zurückweisen der Flüchtlingsboote.

Ich empfinde es schon als ein Armutszeugnis, dass Ihnen angesichts der nicht einmal besonders großen Zahl nichts anderes einfällt, als jetzt Debatten zum Beispiel darüber zu führen, die Grenze zu schließen, wie es in Bayern der Fall war, oder Schengen außer Kraft zu setzen und hier abwertend von Wirtschaftsflüchtlingen zu sprechen.

Wie wir schon gehört haben, hätten viele der Flüchtlinge, die jetzt von Gaddafi oder anderen Diktatoren verfolgt werden, natürlich ein Recht auf Asyl. Ich meine, dass es mit der viel beschworenen Solidarität mit den Menschen aus Tunesien, Ägypten und Libyen, die sich gegen die Diktatur gewandt haben und hier bejubelt wurden, nicht allzu weit her ist. Warum ist es nicht möglich, in Europa großzügig eine angemessene Zahl von Menschen aus dieser Region aufzunehmen, ihnen Aufenthalts- und Arbeitsmöglichkeiten zu geben?

Ich will den Unionskollegen eines sagen: Es heißt immer wieder, die Menschen würden in ihren Herkunftsländern gebraucht. Das ist wirklich das unsinnigste Argument, das ich je gehört habe.

(Patrick Döring (FDP): Wieso?)

Jeder weiß: In diesen Ländern herrscht im Moment eine hohe Arbeitslosigkeit.



Es gibt dort große Krisen und keine Zukunftschancen. In Deutschland könnte man diesen Menschen Arbeit geben und sie so in die Lage versetzen, ihre Region zu unterstützen. Dies wäre, abgesehen von der Aufnahme der Menschen, ein weiterer Schritt zur Hilfe.

(Beifall bei der LINKEN – Manfred Grund (CDU/CSU): Haben Sie das schon mal in Cottbus auf einer PDS-Versammlung vorgetragen?)

DIE LINKE hat in diesem Haus schon vor langer Zeit ganz klare Forderungen vorgetragen, es ist von anderen Kollegen bereits gesagt worden, dass sie insbesondere von dieser Regierung ignoriert werden: Wir wollen endlich ein solidarisches System der Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge in der gesamten EU, und zwar nach Wirtschaftseinkommen und Bevölkerungsgröße.

Da sieht es nämlich nicht so gut aus, Herr Innenminister; das habe ich Ihnen heute schon im Innenausschuss gesagt. Unter den ersten zehn Ländern wird man Deutschland nicht finden.

Kurz und knapp: Wir fordern offene Grenzen für Menschen in Not. Das ist, glaube ich, das, was im Moment angesagt ist. ■

PATRICK BAHNERS
DIE PANIKMACHER
Die deutsche Angst vor dem Islam
Eine Streitschrift
C.H.Beck

Die Panikmacher – eine Streitschrift gegen antiislamische Glaubenskrieger

Allen, die sich mit Antiislamismus auseinander setzen wollen, sei die Lektüre „Die Panikmacher" von Patrick Bahners empfohlen. Im Folgenden eine Rezension des jüngst erschienenen Buches.

Die im Oktober 2010 veröffentlichte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte in der Krise" weist eine in allen Teilen der Gesellschaft ausgeprägte und zunehmende Abwertungsbereitschaft gegenüber „Fremden" aus, nicht zuletzt in den Zustimmungswerten zu islamfeindlichen Positionen. Der Aussage „Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Araber unangenehm sind" stimmen 55,4 % der Deutschen zu. Der Aussage „Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden" stimmen 58,4 % zu, in Ostdeutschland sogar 75,7 %. „Der moderne Rechtsextremismus", schreiben die Autoren in einer Pressemitteilung, „zeigt sich hier in einer kulturalistischen Begründung, die sich an die traditionellen biologistisch-rassistischen Begründungen anschließt."

Auf der Website des Bundesministeriums des Inneren konnten Anfang März Bürgerinnen und Bürger dem Minister „Fragen" zum Thema Integration und Vielfalt stellen. Hier findet sich u.a. das gesamte ABC islamfeindlicher Pauschalbehauptungen. Drei Beispiele: „Ist die angestrebte ‚Vielfalt' nicht ein frommer Wunschgedanke, der mit Muslimen, die unsere Rechtsordnung wegen des Islam einfach nicht anerkennen können und dürfen, nicht pure blauäugige Illusion", fragt „Ulli" am 3.3. (Fehler im Original). „Ist es richtig, dass viele Muslime deutsche Transferleistungen als selbstverständliche Abgabe der Ungläubigen ansehen (dschytzia)?", so „Ken und Marco" am 4.3. Und am 7.3. weiß „Ted": „Warum wird den muslimischen Vertretern auf den Islamkonferenzen immer alles geglaubt, was sie sagen, wo doch in heiligen islamischen Schriften deutlich steht, dass man die Ungläubigen (Kafir) bewusst belügen und betrügen darf (Taqiyya)?"

Ausländerfeindlichkeit und Rassismus sind bei weitem keine neuen Phänomene in Deutschland. Neu ist die Art und Weise, wie sie intellektuell anschlussfähig geworden sind. Dies dürfte einer der wesentlichen Faktoren für die gefährliche Entwicklung sein, die die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt.

Umso verdienstvoller ist das jüngst erschienene Buch des FAZ-Feuilletonchefs Patrick Bahners „Die Panikmacher", eine „Streitschrift" gegen die populistische Islamkritik und ihre intellektuellen, politischen, theologischen oder feministischen Protagonistinnen und Protagonisten: ob Thilo Sarrazin, Peter Sloterdijk, Necla Kelek, Alice Schwarzer, Ralph Giordano, Henryk M. Broder, Bassam Tibi oder Kristina Schröder.

Ausführlich, detailliert und scharfsinnig setzt sich Bahners mit den Leitmotiven und Argumentationssträngen der Islamkritik auseinander. Er entkräftet, entlarvt, zerlegt, widerlegt. Rezensenten seines Buchs werfen ihm – wenn nicht Schlimmeres – vor, er lasse jedes „gesunde Misstrauen" gegenüber den Vertretern des Islam vermissen. Bahners selbst umreißt in einem Zeit-Interview seine Grundposition als „religionsfreundlichen Liberalismus …, der davor warnt, die Säkularisierung des Staates mit der Säkularisierung der Gesellschaft zu verwechseln". Er sehe sich nicht als Apologeten sämtlicher Formen des islamischen Lebens in Deutschland, sondern ihm gehe es um eine Kritik der Öffentlichkeit, wie diese über den Islam und seine Lebensformen spricht. (1)

Aber ist nicht die Islamkritik legitime Religionskritik? Bahners weist nach, dass „Islamkritik … die jüngste Gestalt einer Religionskritik ist, deren Mittel und Zweck die Allmacht des Staates ist" (S. 297). Er argumentiert in vieler Hinsicht ähnlich wie der US-amerikanische politische Philosoph John Rawls, ein Theoretiker der sozialen Gerechtigkeit, für einen vernünftigen Pluralismus, also dafür, dass eine demokratische Gesellschaft eben keine Gemeinschaft ist und sein kann, „sofern man unter einer Gemeinschaft eine Gesamtheit von Personen versteht, die eine Einheit bilden, indem sie ein und dieselbe globale – bzw. partiell globale – Lehre bejahen." (2)

Die Islamkritik stellt er kritisch dar als System von Sätzen (S. 65). Zu den zentralen Elementen dieses Systems von Sätzen gehören etwa die Unterstellung, der Islam trachte nach Welteroberung und Weltherrschaft, oder die Auffassung, der Islam sei per se mit dem Grundgesetz, mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren.

Es handelt sich dabei um ein geschlossenes System von Sätzen. Denn jede gegenteilige Beteuerung von Muslimen, jedes Bekenntnis zu den Menschenrechten, zu Demokratie usw., bestätigt nur das wirkungsvollste aller Vorurteile, die fixe Idee der Islamkritik, die „Taqiyya". Eigentlich ein Sonderfall der islamischen Überlieferung, der zufolge ein Muslim in unmittelbarer Lebensgefahr seine Religion verleugnen darf, machen die Islamkritiker aus der „Taqiyya" das Grundprinzip des Islam, „Ungläubige" über die wahren Absichten täuschen zu dürfen.

„Niemand kann sicher sein, dass Muslime sich bei einem Versprechen innerlich nicht gerade das Gegenteil dessen vornehmen, was sie laut aussprechen", kritisiert Bahners diese fixe Idee: „jede Wahrhaftigkeit des Verkehrs ist zerstört." (S. 220)

Bahners seziert die Entzivilisierung, die die Islamkritik betreibt, Sarrazin etwa mit seiner rüden Herabsetzung und öffentlich zur Schau getragenen Verachtung von Migranten, oder Sloterdijk, der mit seiner Ideologie von Leistungsträgern und seiner Forderung, endlich den „Leistungsträgerkern" zu würdigen, die Begründung für Forderungen liefert, den unter den Generalverdacht der „Integrationsunwilligkeit" gestellten Muslimen staatliche Mittel zu streichen usw.

Die Auswirkungen der Islamkritik sind weitreichend. Das „Kalkül der Grenzüberschreitung", das mit dem „Rausch der Entgrenzung" zusammentrifft, „dem Erlebnis, endlich einmal ausgesprochen zu hören, was angeblich sonst niemand zu sagen wagt", die Kultur des Verdachts, die mit der fixen Idee der „Taqiyya" erzeugt wird, das alles zerstört die Alltagsvernunft (S. 213 ff.). Bahners zeigt die Auswirkungen der Stimmungsmache an vielen Beispielen, am baden-württembergischen „Muslim-Test" etwa, an trotz Widerlegung hartnäckigen Gerüchten, anhand einer „Studie" des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen: Sein Leiter Christian Pfeiffer hatte mit unwissenschaftlichen Methoden den „Beweis" zu erbringen versucht, dass die Gewaltbereitschaft junger Muslime mit ihrer Religiosität steige, um damit die These vom gewalttätigen Islam zu stützen.

Dem Kapitel 6, das von der Zerstörung der Alltagsvernunft handelt, hat Bahners die Oberzeile „Aussichten auf den Bürgerkrieg" gegeben. Tatsächlich unterhöhlt die Freund-Feind unterscheidende Weltsicht der Islamkritik die Grundlagen der pluralistischen Gesellschaft, die auf Aushandlungsprozesse angewiesen ist. Sie hat im Sinne Carl Schmitts längst entschie-

den, dass „das Anderssein des Fremden im konkret vorliegenden Konfliktfalle die Negation der eigenen Art Existenz bedeutet und deshalb abgewehrt oder bekämpft wird, um die eigene, seinsmäßige Art von Leben zu bewahren". (3)

Bahners erinnert am Ende seiner kritischen Auseinandersetzung mit der Islamkritik an den sogenannten Berliner Antisemitismusstreit und an den Historiker Heinrich von Treitschke, der einen Aufsatz zur „Judenfrage" so beendete: „Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf, unter Männern, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuts von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: Die Juden sind unser Unglück." Was er damit gewollt habe, fragte ihn daraufhin öffentlich sein Fakultätskollege, der Althistoriker Theodor Mommsen. Die auf seinen Aufsatz folgende Welle des Antisemitismus vielleicht nicht – „Und wenn nicht, was dann?" Was wollen, fragt Bahners, die Islamkritiker, die die Parole vom Islam als unserem Problem lancieren? Sie können wohl kaum glauben, dass die Muslime deutscher Nationalität vom Glauben abfallen. „Aber wenn nicht – was dann?"

Christiane Schneider ■

Patrick Bahners, Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift, München 2011

Weitere Quellenangaben:

1 www.zeit.de/2011/08/Interview-Bahners?

2 John Rawls, Gerechtigkeit als Fairness, Ein Neuentwurf, Frankfurt 2003, S. 22

3 Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, 8. Auflage Berlin 2009, S. 26

Ulrich Grober „Die Entdeckung der Nachhaltigkeit"

Die atomare Katastrophe in Japan zeigt drastisch, was es mit der Mär vom „billigen, sauberen und sicheren Atomstrom" auf sich hat. Wer tiefer schürfen will und für einen nachhaltigen Umgang mit der Natur optiert, für den/die ist das Buch von Ulrich Grober die ideale Lektüre.



Insbesonders seit der frühen Neuzeit ist die Ideologie des totalen „Herr-Seins" über die Natur Kernelement bürgerlichen Denkens. Im Cartesianismus („Cogito ergo sum", „Ich denke, also bin ich") fand dieser Gewalt-approach seine reinste, klassische Ausprägung. Descartes spricht unverblümt von „Herrn und Eigentümern (!) der Natur" (S. 70).

Der mainstream der aufstrebenden und in die ganze Welt expandierenden Bourgeoisie sah in der Natur nichts als „Rohstoff" für ihre auf dem Profitprinzip basierende Produktion. Die Vorratskammer der Natur wurde und wird buchstäblich ausgeräumt bis zum Geht-nicht-mehr. Am Raubbau des Holzes und dem Rückgang/Verschwinden der Wälder wird dies besonders deutlich.

Ulrich Grober schildert mit viel Detailwissen, wie es zu den ersten Gegenreaktionen kam – u.a in Venedig, Frankreich und England. Geistig wird dabei insbesonders an Spinozas Pantheismus – „substanstia sive natura sive deus", die Substanz ist gleich der Natur ist gleich Gott – angeknüpft, ja auf Franz von Assisi und dessen geschwisterlichen Umgang mit der Natur („Bruder Sonne, Schwester Mond") zurückgegriffen. Bei ihm finden sich auch die ersten Vorformen des Begriffs „Nachhaltigkeit" (S. 43 ff).

Das nicht ausbeuterische Verhältnis zur Natur ist oft mit Gedanken über nicht-ausbeuterische Gesellschaftsformen kombiniert – etwa in der „Ethik" Spinozas (S. 74 f.)

Eine wichtige Rolle kommt John Evelyn zu. Sein Schlüsselwerk „Sylvia" (Wald) wird zum Bezugspunkt für viele.

Bei Hans Carl von Carlowitz 1713 taucht zum ersten Mal der Begriff Nachhaltigkeit auf: „Conservation und Anbau des Holtzes, daß es eine continuirliche und nachhaltende Nutzung gebe" (S. 116). Allmählich verdichtet sich der Begriff, gewinnt an Farbe und Konturen. Bei Herder, in der Weimarer Klassik und bei Alexander Humboldt findet er die schönste Ausgestaltung.

Ulrich Grober zitiert auch den Kardinalsatz von Marx aus dem „Kapital": „Die kapitalistische Produktion entwickelt nun die Technik und die Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Sprigquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter" (S. 186). Ein schönes Beispiel, dass Marx und der „Wärmestrom des Marxismus" keiner „produktivistischen Ideologie" anhingen und auf die Natur „ vergaßen".

Die Entdeckung der fossilen Brennstoffe verschaffte dem kapitalistischen Produktions- und Konsummodell eine „energetische Atempause" – wenn auch mit schlimmen Auswirkungen für Mensch und Natur. Bereits 1930 (!) fand in Berlin eine „Weltenergiekonferenz „ teil, wo diese Entwicklung problematisiert wurde. Einer ihrer Teilnehmer war niemand geringerer als Albert Einstein. Aus Anlass der Konferenz mahnte der Nobelpreisträger im „Berliner Tagblatt". „Die fossilen Kohlen sind ein einmaliges Erbe, das uns zugefallen ist, und sind der Erschöpfung ausgesetzt"(S. 192).

Heute ist es völlig obsolet, den fossilen und nuklearen Energiestrang weiterverfolgen zu wollen. Eine solare „kopernikanische Wende" ist – bei Strafe des Untergangs für den Planeten – unerlässlich.

Wenn eine solidarische Kritik an dem hervorragenden und mit viel Liebe zum Thema geschriebenen Buch anzubringen ist, dann vielleicht die, dass es zu positiv mit dem Brundtlandreport und seinem Konzept der „sunstainable development" verfährt (S. 249ff).

Das Buch nimmt jedoch ebenso stark Bezug auf Evo Morales, die globalisierungskritische Bewegung und zitiert explizit die Losung vom Klima-Gegengipfel in Kopenhagen: „resist, mobilize, transform" (S. 282).

Mein Tipp: jeder/jede, der nach Alternativen zum kapitalistischen Energie-Schlammassel sucht, wird in Ulrich Grobers Buch vielfach fündig.

Hermann Dworczak ■

Ulrich Grober: Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs. Verlag Antje Kunstmann, München 2010. 299 Seiten. 22,50 Euro

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Völkischer Nationalismus: Ungarn als Vorbild

Aufmacher der Aprilausgabe des „Deutschen Nachrichtenmagazins“ Zuerst!, das mit dem in der letzten Nummer verkündeten Wechsel des Chefredakteurs seine konservative Maske fallen gelassen zu haben scheint, ist Ungarn, das mit der Überschrift „Einer gegen alle – Ungarn macht Ernst mit der konservativen Revolution“ gefeiert wird. „Konservative Revolution“: das war die Bezeichnung, die eine ziemlich heterogene Gruppe völkischer Publizisten in der Weimarer Republik ihren Doktrinen und Bestrebungen gab – „Wegbereiter des deutschen Faschismus“, wie sie von dem Historiker Joachim Petzoldt genannt wurden.

Aber bevor Ungarn und sein rechter Ministerpräsident Orban gefeiert werden, lässt der neue Chef MANUEL OCHSENREITER in seinem Editorial erst einmal die alte Achse Berlin/Tokio wiederaufleben. Das verheerende Erdbeben und die darauf folgende Flutwelle instrumentiert er geschmackloserweise zur Verherrlichung „zeitloser Tugenden“: „...sie demonstrieren, was ein altes Kulturvolk ausmacht. Berichte über Plünderungen, über umherziehende Banden, über Panik, Rücksichtslosigkeit oder Gewalt, sucht man vergebens. Im Gegenteil: Japan ist ein Beispiel an Disziplin. Das Volk hält fest zusammen. Sie stehen geduldig in endlos langen Reihen vor den Geschäften, es wird nicht gepöbelt, nicht gedrängelt. Wie anders die Bilder vom Hurrikan ‚Katrina‘ 2005 oder dem Erdbeben in Haiti 2010! Dort führten die Naturkatastrophen zu einem dramatischen und chaotischen Endzeitszenario unter den Einwohnern. In Louisiana mußte die US-Nationalgarde gegen Plündererbanden eingesetzt werden, im Karibikstaat Haiti brach die öffentliche Ordnung wie ein Kartenhaus zusammen, und es herrschte nur noch das Gesetz der Faust.“ Dass New Orleans und Haiti zum großen bzw. größten Teil von Schwarzen bewohnt werden, kommt in Ochsenreiters Text zwar nicht vor, schwingt aber untergründig mit. Bei den Menschen des amerikanischen Kontinents handelt es sich eben um kein „altes Kulturvolk“ sondern in großer Zahl um die Nachkommen aus Afrika verschleppter Sklaven. Aber das ist nicht alles, was Ochsenreiter an Japan schätzt: „Mit diesem Ethos geben Japan und die Japaner der Welt ein leuchtendes Beispiel. Ihre zeitlosen Tugenden heißen Disziplin, Opferbereitschaft und Gemeinsinn. Das rührt nicht zuletzt daher, daß solche Ideale bis zum heutigen Tag in Japan in Ehren gehalten werden. Was in unseren Breiten infolge von Vergangenheitsbewältigung, 1968 und ‚Selbstverwirklichung‘ verhöhnt wird, ist in Japan noch lebendig. Das schaurige japanische Beispiel zeigt uns, wie wichtig – überlebenswichtig! – solche Eigenschaften sein können, die heute in Deutschland als lästige ‚Sekundärtugenden‘ abgetan werden. So viel zur moralischen Aufrüstung.

MANUEL OCHSENREITER, USCHI FOLLASCH und HANS-PETER MATENS beschäftigen sich ausführlich mit Ungarn, dem „kleinen Land mit dem schlechten Ruf“ und finden dessen antiliberale und radikal antikommunistische Politik großartig. Der Grund für ihre Sympathie mit der derzeitigen Rechtsregierung des Balkanlandes liegt in einer gleichen ideologischen Orientierung, die sich die Autor(inn)en auch für Deutschland wünschen: „Denn der Vaterlandsbegriff der Krone ist volkstumsbezogen – und nicht auf gegenwärtige Grenzen festgelegt“. Dieser völkische Nationalismus ist das Eine, was verbindet. Das andere ist der Antikommunismus, der in Ungarn und Deutschland mit einer Rehabilitation des Faschismus untrennbar verbunden ist: Doch während das deutsche Bundesland Mecklenburg-Vorpommern den 8. Mai bereits als ‚Befreiungstag‘ in seinen offiziellen Gedenkkalender geschrieben hat, erinnert in Budapest der Bürgermeister des 1. Bezirks... an die Niederlage der Deutschen und Ungarn im Kampf gegen die Rote Armee in Budapest im Jahr 1945. Nagy: ‚Im Namen der Selbstverwaltung des 1. Bezirks begrüße ich alle Erschienenen, die heute hier zusammen gekommen sind, damit wir uns gemeinsam der Soldaten, sowie Budapester Bürger und Zivilisten erinnern, die in einer der vielleicht aussichtslosesten militärischen Operationen des Zweiten Weltkriegs, in der Schlacht von Budapest vor 66 Jahren gefallen sind, den Heldentod fanden oder zu den Opfern der Schlacht wurden. Wenn wir uns hier der Budapester Opfer erinnern, dann verneigen wir uns zugleich vor allen ungarischen Soldaten, die in Ungarn oder auf den Schlachtfeldern fern der Heimat ihren Tod fanden‘. Und er setzt noch einen drauf. Er erinnert an die Sowjets, ‚deren Grausamkeiten und Vergewaltigungen das Frontland und sogar auch unsere Budaer Bürger ertragen mußten, weil das halt zum Krieg dazugehört – wie man uns weiszumachen versuchte‘. Es sei nun an der Zeit, ‚daß wir an Stelle der Wahrheit der Sieger unsere eigene Wahrheit suchen, aussprechen und akzeptieren‘“. Ungarischer Geschichtsrevisionismus als Beispiel für Deutschland.

Um die Reinwaschung, ja den Vorbildcharakter des deutschen Faschismus und seiner Kriegspolitik geht es offenbar auch XAVER WARNKE, dessen Beitrag über den deutschen Überfall auf Jugoslawien und Griechenland vor 70 Jahren unter dem Titel „In vier Wochen bis zum Peloponnes“ sich liest, als stamme er aus der Schreibmaschine eines Angehörigen einer Wehrmachts-Propagandakompanie: „Schon wittert der britische Kriegspremier Winston Churchill seine Chance und versucht, mit der neuen jugoslawischen Regierung ins Geschäft zu kommen – für Hitler ein weiteres Alarmsignal. Noch am Abend des Belgrader Staatsstreichs teilt er den Oberbefehlshabern des Heeres und der Luftwaffe mit, daß der Beginn des Rußlandfeldzuges wegen der nun leider notwendigen Maßnahmen um rund fünf Wochen verschoben werden müsse. Fünf Wochen – es sind jene Wochen, um die der deutsche Angriff auf Rußland im Sommer dann zu spät kommt. Und der eisige russische Winter zu früh, der einen Sieg im Osten verhindert. Der Balkanfeldzug verhagelt alles. Er ist das letzte, was Hitler im Frühjahr 1941 gebrauchen kann. Doch wegen der englischen Bedrohung führt kein Weg daran vorbei.... So kann Jugoslawien rasch ausgeschaltet werden.... Nach nicht einmal 14 Tagen ist Jugoslawien neutralisiert.... Für die siegreichen deutschen Truppen ist der Balkanfeldzug damit vorerst zu Ende. Er geht als weiteres Bravourstück an Planung, Logistik und Kampfgeist in die Annalen der Kriegsgeschichte ein.“ Vor 70 Jahren wäre das in der Nazipresse nicht anders formuliert worden.

tri ■

